

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93.

Montag, den 22. April 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der einzige Ausweg.

uv. Der Bericht der Kölner Handelskammer über das Jahr 1906, der soeben herausgegeben ist, enthält in seinem allgemeinen Teil so interessante Ausführungen über die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Lage, daß es sich lohnt, einzelnes davon wiederzugeben.

Zunächst stellt der Bericht fest, daß das verfloßene Jahr als der Gipfelpunkt der aufsteigenden Konjunktur zu betrachten sei. Handel, Industrie und Landwirtschaft fanden reichliche Beschäftigung, die Gütererzeugung und Güterbewegung nahm einen ungeahnten Aufschwung und allenthalben konnte eine beträchtliche Steigerung des Bedarfs an wirtschaftlichen Gütern beobachtet werden. Besonders seien die Merkmale des guten Geschäftsjahres an der für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands maßgebenden Montan- und Eisenindustrie zu erkennen gewesen. In der Eisenindustrie wurde mit der äußersten Anspannung aller Kräfte gearbeitet, vielfach konnte den Anforderungen nur unter Verlängerung der Lieferfristen genügt werden, und auf dem Kohlenmarkte mußte das Syndikat, da der Bedarf mit inländischem Material nicht annähernd gedeckt werden konnte, zur Befriedigung englische Kohle mit heranziehen.

Die Herren von Kohle und Eisen haben also gute Geschäfte gemacht. Die Erzeuger der Rohstoffe wissen, was sie zu bedeuten haben im Wirtschaftsprozess; ihre Produkte bilden die Grundlage der gesamten Gütererzeugung. Nur wenige sind es, die hier zu gebieten haben, und leicht wird ihnen deshalb der Zusammenschluß zu immer stärkerer Ausnutzung ihrer Monopolstellung. Die Syndikate der Kohlen- und Eisenindustrie sind festgeschlossene Organisationen, die im Bewußtsein ihrer Macht kein Bedenken tragen, sich den bedeutenderen Teil des Gewinns, den der gute Geschäftsgang schafft, zu sichern. Schon ihre nächsten Abnehmer bekommen den Druck zu spüren, den die ganz Großen auf die minder Großen und weiterhin auf die Kleinen auszuüben pflegen. In dieser Beziehung sagt der Bericht der Kölner Handelskammer:

„Die reichliche Beschäftigung der Industrie hatte eine überaus starke Nachfrage nach Rohmaterialien zur Folge. Die Vorräte wurden knapp und die Rohprodukte nahmen eine stark aufwärts steigende Bewegung an, die um so drückender empfunden wurde, als Industrie und Handel außerhande waren, auch eine entsprechende Steigerung der Verkaufspreise durchzuführen. In den beteiligten Kreisen machte sich daher in stärkerem Maße das Verstreben geltend, durch Schaffung von Verbänden und Preisconventionen ihre Position in dieser Richtung zu stärken und durch gemeinschaftliches Vorgehen bessere Verkaufspreise zu erzielen.“

Der Bericht hebt nun zwar hervor, daß diese Bemühungen „nicht immer“ zu dem gewünschten Erfolg geführt hätten. Im allgemeinen aber wird der Erfolg wohl nicht ausgeblieben sein. Die Verbraucher und Verarbeiter der Rohstoffe werden schon gewußt haben, die höhere Belastung weiter nach unten abzuladen und die verschiedenen Stufen der Verbraucher bis auf das die fertigen Waren kaufende Publikum. Mit anderen Worten: Die breite Masse trägt die Kosten des guten Geschäftsganges; aus ihr werden die Gewinne geschöpft, die den großen und größten Unternehmern, vor allen Dingen den Besitzern der Bodenschätze, in ungeheurer Fülle zufließen. Nun sagt man ja, daß der Arbeiter von der guten Zeit profitiere durch vermehrte Arbeitsgelegenheit und erhöhten Arbeitslohn. Allerdings! Nur ist dabei zu beachten, daß vermehrte Arbeitsgelegenheit für weite Kreise der Arbeiterschaft Verlängerung der täglichen Beschäftigungsdauer durch Überstunden, Nachtarbeit usw. bedeutet, was größere Ausnutzung der Kräfte, Krankheit und frühzeitigen Verfall im Gefolge hat, wodurch das bischen mehr Lohn Einkommen reichlich wieder aufgezehrt wird. Dann aber kommen die Arbeiter ja auch als Verbraucher, namentlich von Lebensmitteln, in Betracht. Und wie stand es damit im verfloßenen Jahre?

Der Kölner Handelskammerbericht erwähnt die starke Inanspruchnahme des Geldmarktes und die dadurch bewirkte Erhöhung des Zinsfußes und sagt dann weiter:

„Dazu kam noch die empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung. Leider hielt die im Vorjahr schon beklagte Fleischteuerung, die weite Kreise der minderbemittelten Bevölkerung in ihrer Konsumfähigkeit beeinträchtigt, noch weiter an. Zu der Fleischteuerung gesellte sich noch eine Preissteigerung des Getreides und der übrigen Lebensmittel, unter der naturgemäß weite Schichten der Bevölkerung zu leiden hatten.“

Während also das Unternehmertum im Golde schwamm, ist die Lage der Arbeiter durch die geschäftliche Blüte um nichts gebessert worden. Das wenige, was die Industrie ihnen an höheren Löhnen gewährte, haben auf der andern Seite die Agrarier wieder genommen. Darin beruht für die große Masse des Volkes der „Erfolg“ des „ungeahnten Aufschwungs“, dessen sich das Erwerbsleben im verfloßenen Jahre zu erfreuen hatte. Zu bedauern ist nur eins, daß noch ein großer Teil der Arbeiterklasse nicht einsteht, welche eine traurige Rolle sie unter diesen Umständen spielt. Die paar Mark Mehreinkommen haben zahlreichen Arbeitern, wie das Resultat der letzten Reichstagswahl zeigt, den Kopf verdreht; sie merkten nicht, wie gründlich das Mehreinkommen zusammenschmolz, wenn die Frau die Haushaltungsbedürfnisse einkaufte; einem Scheinerfolg zuliebe haben sie die Interessen preisgegeben an die „nationalen“ Parteien, d. h. an ihre ärgsten Feinde und schlimmsten Ausbeuter.

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des Kölner Handelskammerberichts über die Wirkungen des Zolltarifs und der Handelsverträge, die im Berichtsjahre am 1. März in Kraft traten. Darüber heißt es:

„Wenn auch damit eine gewisse Steigerung unserer Handelsbeziehungen mit einer Reihe von Auslandsstaaten für längere Zeit gewährleistet ist, so haben doch die neuen Handelsverträge mit ihren in und ausländischen Zoll-erhöhungen den Wünschen von Handel und Industrie nicht in befriedigendem Maße Rechnung getragen. Die schon im Vorjahr an dieser Stelle ausgesprochenen Bestürzungen scheinen sich in der Tat zu verwirklichen. Allerdings läßt sich zurzeit noch kein abschließendes Urteil über die Wirkung der neuen Handelsverträge geben, da bei der Hochkonjunktur die Werte durch den Inlandsbedarf sehr stark in Anspruch genommen waren, so daß die Lieferungen nach dem Ausland mehr in den Hintergrund treten konnten, als dies bei ungünstigeren Zeiten unseres Wirtschaftslebens der Fall sein würde. Indes hat sich schon jetzt eine Reihe von Geschäftsbetrieben des hiesigen Bezirks veranlaßt gesehen, infolge Erschwerung des Auslandsabjages durch die neuen Zollsätze Teile ihrer Fabrikation nach dem Auslande zu verlegen, und es steht daher sicher zu erwarten, daß sich bei ungünstigerer Konjunktur diese Auswanderung der deutschen Industrie noch stärker fühlbar machen wird.“

Damit wird zugegeben was damals, bei dem Kampfe um den Zolltarif, die Sozialdemokratie ins Feld geführt und was sie mit dazu veranlaßt hat, mit aller Macht gegen das Zustandekommen des Zolltarifs zu wirken. Die Kölner Industrie- und Handelsherren gehören zum größten Teil den Nationalliberalen an. Die Vertreter dieser Partei im Reichstag, die damals gewiß ebenso gut wie wir die bedenklichen Folgen des Zolltarifs erkannten, schlugen sich zur Reichstagsmehrheit, beugten sich unter das Joch der Agrarier, nur um nicht an der Seite der Arbeiterpartei der Regierung Widerstand zu leisten! Sich selber haben sie die Schuld an den Schäden zuzuschreiben, die durch die junkerliche Zollpolitik der wirtschaftlichen Entwicklung zugefügt worden sind. Die Sozialdemokratie war damals auf dem richtigen Wege, und wiederum zeigt es für die Kurzsichtigkeit der noch sehr zahlreichen Volkskreise, wenn sie das Eintreten der Sozialdemokratie für die Volksinteressen nicht anders zu lohnen wissen, als daß sie bei den Wahlen die wahre Volkspartei im Stiche lassen und Rückschrittler und Volksfeinde in den Reichstag wählen.

Handelskammerberichte sind abgefaßt im Sinne und im Interesse der Kapitalisten. Wer sie aber richtig zu lesen und zu deuten versteht, dem sind sie auch, wie alle wirtschaftlichen Erscheinungen, ein Zeugnis für den Sozialismus. Die ganze Unvernunft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung läßt sich ohne Mühe daraus herleiten. Ist schon dieses ewige Auf und Ab, diese regellose Zerfahrenheit in der Gütererzeugung ein trauriges Zeichen, ist schon die Tatsache, daß mit unabwendbarer Notwendigkeit von Zeit zu Zeit der geschäftliche Niedergang mit seiner Arbeitslosigkeit, seinem Hunger und Elend für Millionen einkehrt, ein Beweis für die Verkehrtheit dieser Wirtschaftsordnung, so sollte ihre Verwerflichkeit von Grund aus erwiesen sein durch den Umstand, daß selbst in der Zeit des höchsten Aufschwunges diejenigen leer ausgehen, denen allein die Früchte dieses Aufschwungs zu danken sind: die Arbeiter! Bergesellschaftung der großen Produktionsmittel, vor allen Dingen von Grund und Boden und seinen Schätzen, Gütererzeugung auf gesellschaftlicher Grundlage unter Leitung und im Interesse der Allgemeinheit — das sind die Wege, die uns aus dem Wirrwal und dem Elend der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung herausführen. Und in diesem Sinne lehrt und wirkt der Sozialismus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Klassenjustiz am dem Pranger. Der Reichstag wandte sich am Sonnabend nach bebautevoller Erlebung kleinerer Vorlagen dem Reichsjustizetat zu. Der Nationalliberale Bund befragte ein paar an sich ganz berechnete, nur durchweg zu zahme und ängstliche Reformresolutionen seiner Fraktion. Um so reaktionärer geberdete sich ein anderer neugebackener, sächsischer Abgeordneter, der konservative Landrichter Wagner. Von einer Vereitigung des Zeugniszwanges für Redakteure und einer Sicherung der Immunität der Abgeordneten wollen natürlich die Junker und ihr bürgerlicher Schweif nichts wissen. — Die Klassenjustiz, dieses unerlöschliche Thema, wurde vom Genossen Heine in glänzender Weise behandelt. Das Gebahren der Richter während der Rede zeigte, daß die Liebe saßen. Genosse Heine beleuchtete die Schleichwege, auf denen die bürgerliche Justiz dem verhassten Koalitionsrecht der Arbeiter beizukommen sucht. Selbstredend handelte, wie Heine gegenüber dem albernem Geplärre der Bürgerlichen von der angeblichen „Richterbeleidigung“ hervorhob, die deutschen Richter nicht aus böser Absicht. Nicht individuelles Verschulden, nicht bewußte Rechtsbeugung liegt hier vor. Hier steht Klasse gegen Klasse. Die Richter, Bourgeois von Herkunft — Herr Nieberding sage, was er wolle — urteilen aus den Anschauungen heraus, die die Bourgeoisie beherrschen. Für die deutsche Bourgeoisie in ihrer großen Mehrheit ist die Arbeiterkoalition noch immer etwa das, was den Rittern des sechszehnten Jahrhunderts der bäuerliche Bundschuh war, eine Verschwörung, eine Zusammenrottung, eine Empörung gegen „gottgefestete“ Autoritäten. Der militaristische Geist, der in die Bourgeoisie und nicht zum mindesten in den Ritterstand eingebrungen ist, hat diese Auffassung noch verhärtet. Hier haben wir die Elemente der Klassenjustiz. Wer sie leugnen will, der leugnet die Tatsachen. Sie sprechen eine Sprache, die nicht zu widerlegen ist. In meisterhafter Weise stellte Genosse Heine eine Blütenlese der markantesten Fälle zusammen. Arbeiter werden bestraft für das, was Arbeitgeber unbestraft tun dürfen. Dem groben Unfug-Paragrafen, dem Erpressungsparagrafen, der Schadenersatzpflicht wird eine Ausdehnung und eine Wendung gegeben, die ohne gefeggeberische Gegenaktion zur Vernichtung des Koalitionsrechts führen müssen. Staatssekretär Nieberding mußte zugeben, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Streikprozessen „bedenklich“ sei. Man hat dem Reichsanwalt „Anweisungen“ gegeben, der Tendenz entgegenzuwirken. Wirklich helfen kann natürlich nur das Einschreiten der Gesetzgebung. Auf die Seremiaden des Staatssekretärs und des Freikonservativen Varenhorst über Heins's angebliche „Richterbeleidigung“ näher einzugehen, würde unnütze Zeitverschwendung sein.

Am Montag geht die Generaldebatte weiter.

In der Budgetkommission des Reichstages gab es Freitag einen kleinen Sturm über die Berichterstattung, dem Abgeordneten Semler ist in den „Hamburger Nachrichten“ zugeschrieben worden, daß er sich als Interessent der Woermann-Gesellschaft bezeichnet habe. Darüber ist Semler sehr ärgerlich und es finden sich sofort ein paar Gegner der Presse, u. a. der Zentrumsabgeordnete v. Hertling, welche die Berichterstattung aus den Kommissionen verbieten wollen. Bebel und Singer treten diesen Versuchen, die Öffentlichkeit zu beschränken, scharf entgegen. Erzberger erklärt, daß die Berichterstattung des Wolf-Bureaus über den Fall Tschöy völlig falsch gewesen sei, er weiß vielleicht gar nicht, daß sein Parteigenosse Sittart die Wolf'schen Berichte schreibt. Deruburg teilt vor Eintritt in die Tagesordnung noch ein soeben eingegangenes Telegramm mit, wonach ein Laifun auf den Karolinen große Verheerungen angerichtet habe. Die ganze Ernte ist vernichtet. In einem Nachtragsetat sollen Mittel angefordert werden, um der Hungersnot vorzubeugen. Die Beratung des Kolonialsetats war bis zu den einmaligen Ausgaben gekommen; einige Posten werden ohne Debatte bewilligt. Ledebour verlangt, daß man dem Eingeborenenrecht mehr Aufmerksamkeit zuwende und zwar nicht nur aus wissenschaftlichen Interessen, es sei leicht möglich, daß den Erwerbungen der Landgesellschaften die rechtliche Grundlage fehle, wenn man das Eingeborenenrecht berücksichtige. Arndt behauptet unter stürmischer Heiterkeit wiederholt, es gebe gar kein Eingeborenenrecht. Allzuviel scheint demnach Herr Arndt in den Kolonien nicht gelernt zu haben. — Eine nette Mogelei der früheren Kolonialverwaltung mit der Zentrumspartei kam bei dem Zuschuß zu den Kolonialschulen Wigenhausen und Hülfeld zutage. Die sogenannte Kolonialschule Hülfeld ist eine Missionsschule, die bisher aus Reichsmitteln jährlich 10 000 Mk. einrichtete.

Man wollte kurz über die Sache weggehen, aber es wurde nähere Auskunft verlangt, und so wird sich die nächste Sitzung noch damit zu beschäftigen haben. Schließlich gabs noch eine Auseinandersetzung über die Reichszuschüsse zu den Kolonien. Die Budgetkommission beschließt eine Subkommission einzusetzen, die die Frage erörtern und Vorschläge machen soll.

Die agrarische Nebenregierung. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt zu verschiedenen Gerichten, daß Billow in dieser Session des Reichstages noch einmal über auswärtige Politik sprechen werde:

Wie die Dinge heute liegen, ist ein aufklärendes Wort des verantwortlichen Leiters der deutschen Politik geradezu ein Bedürfnis; und wir meinen, daß für Billow dieses Bedürfnis ebenso empfindet wie das Volk. Wenn die Rede des Reichskanzlers auf den Ton gestimmt sein sollte, den jüngst die „Kölnische Zeitung“ anschlug, — selbstverständlich unter Beachtung der üblichen diplomatischen Höflichkeit — so würden seine Worte von den nationalen Kreisen des deutschen Volkes mit lebhafter Befriedigung begrüßt werden.

Hier wird Billow nicht mehr als ein Kanzler der Agrarier, sondern als eine Puppe der Agrarier traktiert. Wie einem Unmündigen schreibt ihm das Bündlerblatt nicht nur vor, daß, sondern auch was und wie er reden soll! Was sagt der Liberalismus dazu?

Gegen den Flottenvereins-Wahlrummel. Für die Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins, die am 11. und 12. Mai in Köln stattfindet, hat der bayrische Landesverband folgende Anträge gestellt: „Die Hauptversammlung wolle beschließen: 1. Es seien von dem Präsidium des Deutschen Flottenvereins feste Garantien sowohl in persönlicher als auch in sachlicher Beziehung zu verlangen, daß die Vereinsleitung künftig unter keinen Umständen wieder in das politische Gebiet hinübergreift. Es seien ferner von dem Präsidium dem geschäftsführenden Vorsitzenden genau die Grenzen vorzuschreiben, in welcher er sich zu bewegen hat und außerdem Vorkehrung zu treffen, daß die Organisation des Vereins nicht wieder dazu mißbraucht wird, politische Agitation zu treiben. 2. Es sei in die Satzung des Flottenvereins eine Bestimmung aufzunehmen, wodurch es vollständig klargelegt wird, daß der Deutsche Flottenverein und seine Organe als solche bei politischen Wahlen nicht in den Wahlkampf eingreifen dürfen.“ — Die reaktionären Wahlmacher des Vereins werden sich wahrscheinlich gegen diesen vernünftigen Antrag mit Händen und Füßen sträuben. Es wird eine bewegte Verhandlung werden!

Gegen den Schulstreik der Polenkinder glaubt ein Jurist — was vermöchte ein Jurist mit seiner „Wissenschaft“ nicht? — ein unfehlbares Mittel entdeckt zu haben. Der Vorsitzende des Posener Schöffengerichts, Amtsrichter Uecker, hat am 16. d. M. eine Verurteilung „begründet“ wie folgt:

„Die Nichtteilnahme der Kinder an dem Schulplanmäßigen Unterrichte, die durch die Verweigerung des deutschen Gebets, der Antworten im deutschen Religionsunterrichte u. dgl. bewirkt sei, sei gleich einer Schulversäumnis zu erachten und gleich einer solchen zu bestrafen. Es genüge nicht, daß das Kind persönlich in der Schule anwesend sei, sondern es müsse verlangt werden, daß es dem Unterrichte auch geistig folge. Der Angeklagte habe durch sein Verbot diese geistige Anwesenheit seiner Kinder im Religionsunterrichte verhindert, damit auch die Sicherheit und Ordnung des Staates gestört. Diese geistige Abwesenheit sei gleich der persönlichen Abwesenheit zu erachten und zu bestrafen.“

Die „geistige Abwesenheit“ eines Richters bei einer Verhandlung ist offenbar etwas anderes, denn wir haben noch nie gehört, daß ein Richter bestraft worden sei, weil er sich während der Verhandlung mit Politik oder sonstigem, was mit der Sache nichts zu tun hatte, beschäftigte. Aber das Posener Urteil mit seiner Begründung ist da, und es wird vielleicht Nachahmung finden. Wir stehen nicht an, es als eine logische Unmöglichkeit zu erklären, daß Unaufmerksamkeit oder Teilnahmslosigkeit der körperlichen Abwesenheit gleichgestellt und als Schulversäumnis bestraft wird. Viel mehr wir von der Justiz gewöhnt, aber ein derartiges Erkenntnis hätten wir doch für unmöglich gehalten. Wir haben die Leistungsfähigkeit der königlich preussischen Gerechtigkeit unterschätzt! — Bezeichnend ist, daß, soweit wir es übersehen können, nur ein deutsches Presseorgan mit dieser Rechtsprechung sympathisiert, ein „freisinniges“, die „Vossische Zeitung“. Diese erklärt schmunzelnd:

„Die Entscheidung steht bei der Strafkammer. Dritt viele dem Urteile des Amtsrichters Uecker bei, so haben die Väter der streikenden Kinder zu zahlen oder zu brummen. Mit dem Streik würde es dann wohl hurtig zu Ende gehen.“

So wirkt der Hakatismus auf die bürgerliche Moral. „Es ist ein neues Mittel entdeckt, die widerhaarigen Polen niederzureiten; reiten wir sie nieder!“ Das ist der „entschiedene Liberalismus“ von heute. Alle Achtung!

Vena oder Sedan. Es gehört zum Beruf einer gewissen Sorte „nationaler“ Schmocks, den Koller zu bekommen, wenn an unsre „herrliche Armee“ nur getippt wird. Namentlich wollen diese Armee-Enthusiasten nicht gelten lassen, daß die Offizierkorps sehr oft Bruttstätten aller möglichen Untugenden und vor allem Herbergen des Spielteufels sind. Zu diesem Thema ist folgende Stimme recht interessant:

„Ist heute besser geworden? Wenn heute einige brave Patrioten versichern, daß heute in deutschen Landen und speziell in der Armee so gut wie gar nicht Hazard gespielt werde, so ist das eine Naivität von Herren, die nicht ahnen, daß in vielen Kasinos weit über die Mittel der Spieler hinaus gespielt wird, die nicht ahnen, daß nach allen großen Pferderennen um kolossale Summen gespielt wird. Betrachten es doch leider viele jugendliche Herren als „förmlich unvermeidlich, nach dem Rennen zu jenen!“

Und wer stellt diese Behauptungen auf? Natürlich ein sozialdemokratischer „berufsmäßiger Ehrabschneider und Verleumder“, wird das Echo lauten. Wir bedauern, nicht dienen zu können. Der Mann, der in einem Artikel des „Scherl'schen Tag“ solche Redereien niederschreibt, heißt Baron Heinrich v. Puttkamer und ist seines

Zeichens nicht oppositioneller Federführer, sondern königlicher preussischer Generalmajor a. D., sozusagen ein Sachverständiger also!

Den Ventel auf! Die Strafen für die Leichtgläubigkeit der Wählermassen bei den Hottentottenwahlen beginnen sich anzumelden. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“, Sprachrohr der Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten, läßt sich wie folgt hören:

„Daß es jetzt an der Zeit ist, das unstreitig herrschende allgemeine Interesse für unsere Kolonien dazu zu benutzen, um für einen energischen Ausbau der Flotte zum Schutze unserer überseeischen Besitzungen zu werben, belegt „Die Flotte“ folgenbermaßen: Wollen wir aber unsere Kolonien behalten und später, wenn sie das angelegte Kapital verzinsen, aus ihnen Nutzen ziehen, so müssen wir eine Kriegsslotte schaffen, die in der Lage ist, Eroberungsgelüste anderer Nationen im Keime zu ersticken. Daß wir aber durch das Flottengeheiß von 1900, wonach wir 1920 eine Flotte von 88 Linienschiffen, 14 Panzerkreuzern und 88 kleinen Kreuzern usw. haben sollen, niemals zu einer wirklich mächtigen Flotte kommen werden, ist leider eine unumstößliche Tatsache.“

Folgt eine längere Aufstellung, in welcher zum soundsovielten Male der Nachweis geliefert werden soll, daß Deutschlands Flotte weit zurück ist, weshalb schleunigst der letzte große Flottenplan umgestoßen werden muß, der 1900 im Reichstage angenommen wurde und bis zu seiner Verabreichung 1907 das Stimmchen von 4353 Millionen Mark erforderte. Dieser Plan ist schon durch die Bewilligung der Auslandsflotte in der Session 1905—06 durchbrochen worden, so daß der Marine-Etat für 1906: 265 402 300 Mark, derjenige von 1907: 291 Millionen erfordert. Jetzt langt das alles nicht mehr, die bei den Wahlen verauslagten Betriebskosten müssen durch neue Aufträge mit Zinsen eingebracht werden. Und was wurde dem deutschen Michel im Wahlkampfe erzählt? In dem massenhaft verbreiteten Flugblatt: „Arbeiter, Kolonien und Flotte“, wurde lang und breit nachgewiesen, daß wir „für die Kolonien auch nicht ein Schiff mehr brauchen.“ Nachdem Michel den Prozentpatrioten ins Ohr gegangen, wird jetzt die Steuerfahle zugezogen. Denn neue Schiffe heißt natürlich auch neue Steuern, und zwar nicht zu knapp. Panzerplattenpatrioten gehen herrlichen Zeiten entgegen.

Rußland.

Die Reichsduma beriet eine Interpellation, die skandalöse Greuel im Gefängnis von Akatui behandelte. Wie festgestellt wurde, schlug man die Gefangenen gleich beim Eintreffen mit Kolben. Auf Befehl des Gefängnischefs wurden später noch 60 Soldaten ins Gefängnis gelassen, 15 Gefangene bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt, zwei davon von einer hohen Treppe auf den Boden herabgestürzt, so daß sie klaffende Schädelwunden davontrugen. Anderen wurde das Gesicht blutig geschlagen. Der Abgeordnete Uspenski teilt weiter den Inhalt eines Briefes Sazonows, des Mörders Plehwas mit. Danach befahl der Gefängnischef von Akatui, sämtlichen Gefangenen die Kleider abzureißen und durch Sträflingsstracht zu ersetzen, das Haupthaar einseitig zu scheren. Kolbenstöße regnete es dabei täglich, und stündlich erwartete man den Henker, der den gepeinigten Gefangenen den Garaus machen sollte. Als man den Gefängnischef nicht ehrerbietig grüßte, brüllte er Soldaten zum Vollzug der Rutenstrafe herbei. Es war ein schrecklicher Moment, die Gefangenen drängten sich in einen Knäuel zusammen in eine Ecke, und nun wurde eingeschlagen. Drei Gefangene blieben halbtot liegen, die ganze Diale schwamm im Blut. Die Beiten wurden darauf konfisziert, ebenso die warme Speise entzogen; auf einer Bratpfanne wurde zufällig ein Brotmesser gefunden. Der Gefängnischef witterte sofort Mordgedanken. Neue Qualen für die Gefangenen waren die Folge. „Nur Sterben im offenen Kampfe“, schreibt Sazonow, „sonst sind wir Opfer der Willkür Borodulins!“ — Bei der Beratung der Interpellation erklärten die sozialistischen Abgeordneten, daß sie für die Interpellation stimmen werden, um zu zeigen, daß die Duma mit dem Volke gegen die Regierung ist. Die Redner der Rechten, besonders Graf Bobrinski, erklärten, daß sie ebenfalls für die Interpellation stimmen werden, aber wegen der Ungeheuerlichkeit der von der Gefängnisverwaltung begangenen Akte, nicht wegen der von den Sozialisten dargelegten revolutionären Gründe. Bobrinski protestierte gegen die Verherrlichung politischer Mörder und erinnerte daran, daß in der französischen Kammer Minister Pichou nicht gestattet habe, daß man von der Ermordung des Großfürsten Sergius als von einer „Hinrichtung“ sprach, sondern diese Tat „einen abscheulichen Mord“ nannte! Die Interpellation fand einstimmige Zustimmung!

Zu Lodz wurde auf offener Straße ein Lehrer des polnischen Gymnasiums erschossen. Im Laufe der letzten Tage sind mehrere Personen teils ermordet, teils schwer verwundet worden.

Belgien.

Der neueste absolutistische Streich des Belgierkönigs, die Zurückziehung des Berggesetzes wegen der durch die Kammer eingefügten Arbeitszeitklausel, hat begreiflicherweise in Belgien große Erregung hervorgerufen. Diese spiegelt sich unausgesezt in einem großen Teil der fortschrittlichen bürgerlichen Presse, und Politiker und Journalisten machen in diesen Tagen von der belgischen Freiheit, über den König ungeniert die Wahrheit zu sagen, freilich ausgiebigen Gebrauch. Nebenbei hat sich Leopold, wie um nun gerade zu zeigen, wie wenig er sich aus dem ganzen „Kummel“ macht, ohne jede äußere Notwendigkeit nach dem Ausbruch der Krise noch ein paar Tage Lufterhalt auf Kap Ferrat zugegeben, hat erst noch an diversen privaten Dinners teilgenommen, und auf der Heimreise machte er noch einen kleinen Abstecher nach Paris. . . . Wer wird sich denn um ein bißchen Verfassungsbruch und Krise nach Hause beeilen? Die tiefste Wirkung hat die letzte Wendung der Dinge naturgemäß in den Kreisen der belgischen Arbeiterschaft hervorgebracht; denn der königliche Erlass bedeutet eine Herausforderung der Ar-

beiterschaft, durch welchen mit einem frivolsten Federzug ein Gesetz vernichtet wird, das für sie die Anerkennung einer ihrer wichtigsten Forderungen: des Prinzips der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit darstellt. Die Politik des Königs und der Regierung geht in diesem Falle offen und direkt gegen die Arbeiter. Die Versammlung des Generalrates der sozialdemokratischen Partei war denn auch von dieser Stimmung getragen. Ja, einige der Redner, vor allem der Abgeordnete Destree, vertraten die Meinung, daß man das persönliche Regiment, das Leopold II. immer mehr zum Regierungsprinzip mache, nun mit einer stärkeren Betonung des republikanischen Gedankens beantworten müsse. Dieser Meinung traten jedoch Vermand, Nassele und Denis entgegen, die eine derartige Taktik im gegenwärtigen Augenblicke als einen politischen Fehler darstellten. Im Vordergrund stehe, so meinten diese, die ökonomische Frage, der Achtstundentag, und über diese Frage sei die Regierung gefallen. Natürlich sind auch die Anhänger dieser Auffassung nicht wider eine ausgiebige Agitation gegen den König, der ja schließlich in der Frage des Achtstundentages nur als oberstes Haupt der Bourgeoisie spricht. Der Generalrat einigte sich auf Grund der Verbandsbeschlüsse auf die Abfassung eines Manifestes über den Achtstundentag und die Zurückziehung des Berggesetzes. Außerdem beschloß die Versammlung, an der fast sämtliche sozialistische Abgeordnete und Senatoren teilnahmen, Achtstundentagskundgebungen für den 28. April und 1. Mai. Die sozialistische Parlamentsgruppe wird die Zurückziehung des letzten Erlasses in der Kammer fordern. — Die belgischen Bergarbeiter haben folgenden Aufruf erlassen: „Genossen! Wenn die bürgerliche Regierung den Kapitalisten gratis für 80 Millionen Konzessionen für die Bergwerke in der Campine gibt, so genehmigt der König und unterzeichnet. Die Bergwerkskonzessionen, die der Bourgeoisie zwanzig Milliarden Gewinn bringen und den Arbeitern nichts, billigt der König. Wenn die Regierung unsere Millionen für den Kongostaat ausgibt, und für uns nichts, so unterzeichnet der König! Wenn die Regierung unmäßig 100 Millionen für Festungen und Kanonen ausgibt, womit man Arbeiter töten kann, so unterzeichnet der König auch. Wenn die Regierung vier Stimmen den Bürgerlichen gibt und eine den Arbeitern, so unterzeichnet der König! Wenn das Parlament, von den Sozialisten getrieben, für den Achtstundentag stimmt, unterzeichnet der König nicht mehr und verweigert seine Genehmigung! Es hat sich wieder gezeigt, daß wir nur auf uns selber zählen können. Nur, wenn die Bergarbeiter stark genug sind, können sie es durchsetzen, daß ihre Löhne im Verhältnis zu dem Gewinn, den sie erzeugen, steigen. Dann nur können sie den Achtstundentag erreichen. Also, Genossen! Wir konstatieren wieder, daß die ganze Welt gegen die Arbeiterklasse steht. Wir können darauf nur antworten durch eine starke Organisation.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 22. April.

Zug von Tischlern, Drechtlern, Maschinern und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Der Zug von Mauern und Zimmerern ist fernzuhalten von Heiligenhafen und Oldenburg in Holst. wegen Streik.

Travemünde. Gesperre für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhrmann.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen mit großer Mehrheit die Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft sowie die organisierten Schneider.

Berufs- und Betriebszählung. Das Stadt- und Landamt macht folgendes bekannt: § 1. Die durch Reichsgesetz vom 25. März 1907 angeordnete Berufs- und Betriebszählung findet in Verbindung mit einer Aufnahme der land- und forstwirtschaftlichen sowie der gewerblichen Betriebe und mit einer Zählung der Personen, für die zur reichsgesetzlichen Invalidenversicherung Beiträge entrichtet werden, derjenigen Personen, welche auf Grund der Reichsgesetze Invaliden- oder Unfallrente (Vollrente) beziehen, und der Witwen und Waisen am 12. Juni 1907 statt. Die Erhebung hat sich zu erstrecken auf alle in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni in den Haushaltungen anwesenden und auf die aus den Haushaltungen vorübergehend abwesenden Personen. Die während dieser Nacht auf Reisen oder sonst außerhalb der Wohnung befindlich gewesenen Personen werden an dem Orte als anwesend verzeichnet, wo sie am Vormittage des 12. Juni anlangen. § 2. Durch die Zählung soll mittelst Erhebung in Haushaltungslisten für alle Personen außer dem Namen, der Stellung in der Haushaltung, dem Geschlecht, dem Alter, dem Geburtsort, dem Familienstand, dem Religionsbekenntnis, der Hauptberuf und der Nebenberuf mit der Stellung im Berufszweige, für vorübergehend Anwesende der Wohnsitz ermittelt werden. In der Haushaltungsliste sind ferner besondere Fragen zu beantworten bezüglich der Personen, für welche Beiträge zur reichsgesetzlichen Invalidenversicherung entrichtet werden, welche eine reichsgesetzliche Invaliden- oder Unfallrente (Vollrente) beziehen und über den Beruf des verstorbenen Ehepartners von Witwen und des verstorbenen Vaters ehelicher Waisen unter 18 Jahren. Selbständige Gewerbebetriebe haben über Art und Umfang ihrer Betriebe besondere Angaben zu machen. Für Gewerbebetriebe, in denen, wenn auch nur zeitweise, 4 und mehr Personen (einschließlich des Inhabers oder sonstiger Betriebsleiter) tätig sind, in denen elementare Kraft für Untriebsmaschinen (Motoren) oder Motorwagen, Dampfessel ohne Kraftübertragung, Lokomobile, Dampfzylinder, Dampfmaschinen, Segelmotoren, Barkassen verwendet, oder in denen Personen außerhalb der Betriebsstätten beschäftigt werden, sind die geforderten Angaben in besondere Gewerbebogen, für die kleineren Betriebe dagegen in Gewerbeformulare einzutragen. Dagegen haben die Mitglieder der Haushaltungen, welche Landwirtschaft oder Forstwirtschaft betreiben (d. h. eine Bodenfläche, wenn auch vom kleinsten Umfange, als Acker, Gartenland, Wiese, Weide, zum Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabak usw.-Bau, als Wald- oder Holzland bewirtschaften, besondere Fragen über Fläche und Besitzverhältnis, Bodenbenutzung, beschäftigte Personen, Mischland und Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen in der dazu bestimmten Landwirtschaftskarte zu beantworten. Biergärten, auch solche, in denen nebenher ein unbedeutender Anbau von Nutzpflanzen stattfindet, kommen hierbei nicht in Betracht. § 3. Die Zählpapiere werden bis

spätestens zum Mittag des 11. Juni durch Zähler, welche mit Legitimationskarten versehen sind, ausgeteilt. Die Formulare sind am Mittwoch, den 12. Juni d. R., bis 12 Uhr mittags durch die Vorstände der Haushaltungen, als welche auch einzeln lebende Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft gelten, sowie durch die Vorsteher oder Verwalter von Anstalten für gemeinnützigen Aufenthalt oder durch die Betriebsinhaber oder deren Vertreter auszufüllen und durch Namensunterschrift zu bescheinigen. Ausstillsweise kann die Eintragung auf Grund der gemachten Angaben vom Zähler bemerkt werden. § 4. Die Wiedererfassung der Zählpapiere beginnt am 12. Juni nach 12 Uhr mittags und soll spätestens am 15. Juni beendet werden. § 5. Die Leistung der Aufnahme, die Prüfung der Zählpapiere und die Bearbeitung der Ergebnisse der Erhebung wird dem Statistischen Amte übertragen, welchem die Beteiligten jegliche in Bezug auf die Wichtigstellung und Ergänzung ihrer Angaben erforderliche Auskunft zu erteilen haben.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am kommenden Montag abend 6 Uhr statt.

Fiat justitia. Wie vor einigen Jahren in Berlin der Gegensatz zwischen den Rechtsanschauungen des Volkes und richtiger Rechtsprechung in dem Namen Krausewetter sich ausdrückte, so ist hier in Lübeck der Name Hoppenstedt der Inbegriff einer formellen, dem Rechtsempfinden des Volkes gegenüberlichen Rechtsprechung. In diese Kategorie gehören die Beschlüsse am 30. April 1906 in der Bürgerchaft machte, wird man erinnert, wenn man die Urteile hört oder liest, die am Sonnabend morgen von der Hoppensstedt-Kammer gegen streifende Holzarbeiter gefällt sind. An demselben Tage hielt Genosse Wolfgang Meine eine große Rede im Reichstag, in welcher er die Art und Weise als Klassenjustiz bezeichnet, in der deutsche Gerichte gegen Streifende vorgehen, und sie wegen Vorfällen zu schweren Strafen verurteilen. Es gibt keine Klassenjustiz! behauptete dagegen der Staatssekretär Meierding; im Volke wird man es ihm aber nicht glauben, und ganz besonders nicht in Lübeck, solange solche Urteile gesprochen werden, und so Gerechtigkeit gefehlt wird, wie das von der Hoppensstedt-Kammer geschehen ist. Wir wollen zunächst kurz den Sachverhalt wiedergeben: Am 16. Januar kamen mit dem Bäckerei-Junge am Lübecker Bahnhof Fischergesellen an. Sie wurden sowohl von den Meistern, als auch von den streifenden Fischern in Empfang genommen. Außerdem waren eine ganze Anzahl Schutzleute erschienen. Der Angeklagte Wagner war mit auf den inneren Perron des Bahnhofs gegangen, um die Angekommenen von der Schläge am Orte zu unterrichten. Er versuchte an diese heranzutreten. Dabei kam er mit den Meistern ins Gedränge, und soll mit geballten, vorgeschobenen Fäusten sich durchzubringen versucht haben. Hierbei erhielt er von dem Agenten Burlager, der die Fischer angeworben hatte, einen Stoß vor die Brust, daß er zurücktaumelte. Der Kriminalschutzmann Rath will aber gesehen haben, daß der Angeklagte gegen den Arbeitgeber Willert angriffsweise vorgegangen sei, obgleich Willert unter seinem Gide ausginge: „Er hat mich wohl nicht direkt gestochen.“ Der Kriminalschutzmann Rath sagte den Angeklagten an und sagte: „Kommen Sie mit zur Wache.“ Gegen diesen, wie auch gegen den zur Hilfe kommenden Kriminalschutzmann Nordmann widerlegte sich der Angeklagte und versuchte sich frei zu machen. Als dann der uniformierte Wachtmeister Hering hinzukam, ging der Angeklagte gutwillig mit zur Wache. Beide Kriminalbeamte hatten sich als solche nicht legitimiert. Der Angeklagte erklärte, daß er den Kriminalschutzmann Rath für den Wächterbrigadanten Wasserstradt gehalten habe. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß der Angeklagte dieses sofort auf der Wache gesagt habe. Das Gericht nimmt auch Ähnlichkeit zwischen diesen beiden Personen an. Schon vor diesem Vorgang hatte der Schutzmann Muster den Angeklagten aufgefordert, zurückzugehen. Dieser Aufforderung war der Angeklagte nach der eigenen Aussage des Schutzmannes Muster zunächst nachgegeben. Hiernach soll der Angeklagte sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, des groben Unfugs und des Vergehens gegen die Strafpolizei-Ordnung schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht, welches sich früher mit der Sache befaßt hatte, verurteilte den Angeklagten wegen des ersten Punktes zu 2 Wochen Haft, wegen des zweiten Punktes zu 6 Wk., und wegen des dritten Punktes zu 3 Wk. Geldstrafe. Wegen dieses Urteils hatte sowohl der Staatsanwalt, wie auch der Verteidiger Berufung eingelegt. Letzterer hauptsächlich aus dem Grunde; weil das Schöffengericht auf Gefängnisstrafe erkannt und in der Urteilsbegründung angenommen hatte, daß eine Geldstrafe den Angeklagten persönlich nicht treffen würde, sondern die Streitklasse die Strafe bezahle. Die Strafkammer kam Sonnabend zu einer wesentlich anderen Auffassung, und verurteilte den Angeklagten, obgleich er noch nicht vorbestraft war, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten, wegen groben Unfugs zu 4 Wochen, und wegen Übertretung der Strafpolizeiordnung zu 2 Wochen Gefängnis. Wer der Verhandlung mit beigewohnt hat, wird mit sonderbaren Bedanken über die libelle Rechte-Rede den Saal verlassen haben. Hier nur einige Bilder aus der Verhandlung: Gleich zu Beginn derselben wies der Präsident, Herr Hoppenstedt, den Angeklagten scharf zurecht. Der Angeklagte wurde gefragt, ob auch Kriminalschutzleute auf dem Bahnhof gewesen wären. Als der Angeklagte antwortete: „Was weiß ich nicht“, sagte der Präsident: „Sagen Sie nicht, das schießt sich nicht vor Gericht.“ Der Angeklagte wurde ferner auf Wunsch des Verteidigers befragt, seit wann er in Lübeck sei, darauf sagte er, seit Anfang Januar.“ Der Angeklagte war etwa 3 Monate in Kiel beschäftigt und nach dort vorübergehend abgemeldet gewesen, jedoch anfangs Januar zurückgekehrt. Es wurde aber festgestellt, daß der Angeklagte vorher schon seit Jahren hier seinen dauernden Wohnsitz hatte. Da schrieb der Präsident in scharfen Worten: „Schämen Sie sich, Sie wollen hier das Gericht belügen.“ Der Verteidiger legte sofort klar, daß es nicht die Absicht des Angeklagten sei, dem Gericht eine falsche Meinung beizubringen; wenn ein Verschulden vorliege, dann sei es durch seine Fragestellung gekommen. Trotzdem wiederholte der Präsident bei der Urteilsbegründung seine Meinung und stellte den Angeklagten als einen frohen Menschen hin, der mit seiner Aussage das Gericht hätte irre führen wollen. Der Zeuge Beck wurde aufgefordert, dem Vorgang am Bahnhof zu schildern. Als er wahrheitsgemäß anführte, daß viele Fischer durch schwindelhafte Annahmen und unter Schwindel nach Lübeck gelockt würden, wie die Angeworbenen teilweise selbst erklärt hätten, da sagte der Präsident: „Sie sind hier in keiner Versammlung, sondern Sie stehen hier als Zeuge vor Gericht. Sie sind hier kein Advokat der Partei.“ Ferner konnte der Präsident es nicht unterlassen, bei der Urteilsbegründung seine Meinung über diese „Sünder“ und über das Gesetz zu sagen. Er hob hervor, daß derartige Menschen gemeingefährlich seien, und diese Vergehen das bestehende Gesetz viel zu milde bestrafe. Jeder hätte das Recht, die Arbeit zu verweigern, aber auch das Recht, die Arbeit aufzunehmen. Dieses müsse jedem frei überlassen bleiben. Aber gerade die

Bedrückung dieser Freiheit müsse mit aller Schärfe bestraft werden. Ob nun wohl der Staatsanwalt gegen die Meister einschreite, welche die schwarzen Listen ausgegeben und versucht haben, die in Hamburg und andernorts arbeitenden Fischer aus der Arbeit zu bringen? Auch der Vertreter der Anklage brachte in seiner Rede recht eigenartige Anschauungen zu Tage. Er sagte unter anderem: Der Angeklagte müsse ganz exemplarisch bestraft werden, damit die Strafe abschreckend wirke. Auch sei das Zeugnis des einen Zeugen um des wegen nicht einwandfrei, weil er zu den Streifenden gehöre. Ob wohl diese offene Erklärung der Justiz, die doch ohne Ansehen der Person richtet, zur Würde gereicht? Mit Recht konnte der Verteidiger dem entgegenhalten, daß das Zeugnis der Meister dann eben so bewertet werden müsse, denn auch diese seien Partei. — Die zweite Sache betraf den Drecksler Walter. Derselbe befand sich ebenfalls am 16. Januar auf dem Bahnhof. Als die von auswärts herangezogenen Streifbrecher, die mit dem Bäckerei-Junge angekommen waren, in einer Drochse weiter befördert werden sollten, trat W. an den Wagen und rief: „Kollegen, hier wird gestreift! Darauf kam der Schutzmann Niedmann hinzu und sagte zu dem Angeklagten: „Scheren Sie sich weg von hier!“ Als der Angeklagte fragte, ob er denn nicht daselbe Recht hätte, wie die neben ihm stehenden Meister, sagte der Hüter der Ordnung noch einmal: „Ich sage Ihnen, Sie sollen hier weggehen.“ Als W. noch einmal keine Frage wiederholte, sagte der Schutzmann ihn in den Wagen und nahm ihn mit zur Wache. Beim Passieren einiger Arbeitswilliger unterwegs sagte Walter wieder: „Kollegen, wir liegen hier im Streift.“ Das war das fluchwürdige Verbrechen des Angeklagten, das zunächst nach einem polizeilichen Strafbefehl mit drei Tagen Haft gefühnt werden sollte. Da Walter der Ansicht war, keine strafbare Handlung begangen zu haben, so beantragte er richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht nahm an, daß darin eine Übertretung der Strafpolizeiordnung liege, wenn der Angeklagte nicht sogleich der Aufforderung des Schutzmannes, fortzugehen, nachgekommen sei. 6 Wk. wurden als ausreichende Strafe angelesen. Dadurch, daß der Angeklagte gerufen habe: „Kollegen, hier wird gestreift!“, hätte er nichts Strafbares begangen. Selbst wenn Walter versucht hätte, die Drochse zu öffnen, so liege darin noch keine Straftat. Wegen des schöffengerichtlichen Urteils hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Strafkammer hatte sich deswegen am Sonnabend mit der Sache zu beschäftigen. Die Verhandlungen förderten wichtige, neue Momente nicht zu Tage. Trotzdem kam die Strafkammer zu einem für das Volksempfinden geradezu ungeheuerlichen Strafmaß. Auf vier Wochen Haft wurde erkannt, und zwar wegen Übertretung der Strafpolizeiordnung auf 14 Tage, und wegen groben Unfugs ebenfalls auf 14 Tage. Der Staatsanwalt Dr. Wichenburg hatte gar sechs Wochen beantragt. In der Begründung des Urteils wurde angeführt, daß der Angeklagte nicht die Streifbrecher aufkläre, sondern sie belästigen wollte durch die Rufe „Kollegen, hier wird gestreift.“ — Wir kommen auf die ungeheuerlichen Urteile sowie auf die Verhandlungen vor der Strafkammer noch zurück. Wir wollen auch nicht veräumen, die Namen der Richter, welche hierbei mitgewirkt haben, der Nachwelt zu erhalten; es waren bei Wagner außer dem Präsidenten Hoppenstedt die Landrichter Lienau, Sommer, Meyer und Piper. In der Sache Walter waren es außer Hoppenstedt die Landrichter Lienau und Piper. Wie steht doch über dem Eingang zum Strafkammeraal: Gerechtigkeit erhöht ein Volk!

Warnung vor Geheimmitteln. Unter der Bezeichnung Augenwol (A) bringt neuerdings ein Berliner Optiker und seine Frau unter der Firma „Augenwol, G. m. b. H.“ ein „reelles Präparat zur Stärkung der Augenmerven“ als „einzig dastehendes und unvergleichliches“ Mittel zur „Verbesserung der Sehkraft“ und zur Verhütung des Abnehmens der Sehkraft in den Handel. Die Zusammensetzung des Mittels wird geheim gehalten. Nach amtlichen Untersuchungen besteht das Mittel aus einer wässrigen Lösung von Kochsalz, Pepsin, Glycerin und Zucker mit einem geringen Zusatz von Alkohol, mit Terebinthol gelb gefärbt und mit Rosenöl parfümiert. Die ihm in den Ankündigungen beigelegte Heilwirkung besitzt das Mittel nicht. Der Verkaufspreis (3 Mark für das Fläschchen mit 50 Gramm) ist außerordentlich hoch: die gleiche Menge würde in einer Apotheke zubereitet, 1—1,25 Mk. kosten.

Blane Rauchwollen in westlicher Richtung von Karlsdorf deuteten gestern nachmittag in der sechsten Stunde auf einen kleineren Waldbrand hin. Einige Spielende der Karlsdorfer Anlagen eilten nach der Brandstätte und wurde im Verein mit einigen des Weges kommenden Spaziergängern das Feuer im Entstehen noch erstickt, jedoch die Feuerwehr nicht alarmiert zu werden brauchte.

Sauja-Theater. Als zweite Gabe brachte das Berliner Apollo-Ensemble die Pinacelle Operette „Lysistrata“, deren Text von Volten-Bankers, dem bekannten Übersetzer zahlreicher französischer Scherzschwänke, verfasst ist. Der Erfolg, den „Lysistrata“ erzielte, war noch größer als derjenige von „Venus auf Erden“. Besonders der zweite Akt mit seiner prächtigen Ausstattung wurde stürmisch applaudiert. Als wenn tausende kleiner Glühwürmchen heimlich im künstlichen Laube versteckt wären, so leuchtete es bei dem bekannten „Glühwürmchen, Glühwürmchen stumm“ Chor in den Zweigen auf. Das Ballet im dritten Akt war wieder sehr geschickt arrangiert, die Ausführung glückte tadellos und die Wirkung war infolge der hübschen Beleuchtungseffekte eine außerordentlich bedeutende. Die Besetzung der Hauptrollen war durchaus lobenswert. Den alten General Demitoffles gab Herr Wendt mit zwerchfellerschütternder Komik. Ihm stand Herr Laumen als Burche Myos durchaus nicht nach. Ein schneidiger spartanischer Gardeleutnant Leonidas war Herr Milowitsch. Da war „alles Ruppe!“ Von den mitwirkenden Damen seien besonders Grete Sommerfeld als Vertreterin der Itelpartie, sowie Lizie Sondermann als Massense Polyxo genannt. Am Dirigentenposten saß Kapellmeister Schah, der die Aufführung ohne Partitur mit großer Umsicht leitete. Schade, daß ihm nicht das Orchester des Vereins der Musikfreunde zur Verfügung stand. Inhalt besitzt die Operette nicht; doch das hätten wir wohl ebenso wenig erwähnen zu brauchen, wie die Tatsache, daß man an dessen Stelle einen blühenden Unfug gesetzt hat, der von den blutigsten Kalauern durchsetzt ist. Aber das Publikum amüsiert sich göttlich! Das bis auf den letzten Platz ausverkaufte Haus war von den hübschen Bühnensbildern geradezu entzückt.

In Puls Universum findet morgen, Dienstag, eine Wohltätigkeitsvorfstellung statt, und zwar für den schwer erkrankten Pianisten Friz Gismann, der in weiteren Kreisen bekannt ist. Das Programm ist außerordentlich reichhaltig. In Anbetracht des guten Zweckes dürfte ein zahlreicher Besuch wohl zu erwarten und nur zu empfehlen sein.

W. Mälin. Feiner. Sonnabend abend nach 8 Uhr v. m. das Schaufenster der Manufakturwarenfirma Kahl und Sump in der Hauptstraße. Die leicht entzündbaren Stoffe waren im Moment verbrannt; nur der Aufmerksamkeits des Personals ist es zu danken, daß das Feuer nicht

größere Ausdehnung gewann. Die Entstehungsurache dürfte in der Gasbeleuchtung zu suchen sein.

Hortori. Des Kindes mordes verdächtig. In Obenbitten wurde eine Witwe wegen Verdachts des Kindesmordes verhaftet. Der Untervorsteher und der Gendarm, die auch von dem Verdachtkenntnis erhielten, nahmen die Frau ins Verhör. Bei einer im Anschluss hieran von dem Gendarm in der Wohnung der Verdächtigten vorgenommenen Durchsuchung wurde in einer Kiste die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Ein zusammengeknüttetes Leinentuch steckte im Munde. Die Angelegenheit erregt in der kleinen Gemeinde viel Aufsehen. Das Haus wurde sofort vollständig geschlossen und die beiden 6 und 10 Jahre alten Kindern der Witwe bei ihren Verwandten untergebracht.

Hamburg. Die Meiseier Entscheidungen. Während die Altonaer Polizeibehörde den Meiseierzug verbietet, hat die Hamburger ihn genehmigt, obwohl die Hamburger hingewirkt hatten, daß die Polizeibehörde den Umzug verbieten solle. Bekanntlich stimmt die Bremer Polizeibehörde mit der Altonaer überein, sie hat ebenfalls den Meiseierzug untersagt.

Schwerin. Die mecklenburgische Verfassung. Die „Frankfurter Zeitung“ weiß über die Aussichten einer mecklenburgischen Verfassung zu berichten: „Über die Verfassungsangelegenheit finden sich in nichtmecklenburgischen Blättern fortgesetzt Meldungen, die von der Stimmung im Lande und dem, was man hier erwartet, ein recht unzutreffendes Bild geben. Daß wir hier Preußen in Sachen Wahlrecht nicht überflügeln, vielmehr „schlimm sein als wir“, wie die Konventionen voraussetzen, nur ein zahmes Treibenwahrrecht erhalten, daran zweifelt innerhalb der blaugelben Grenzpfähle niemand. Und den ganz offenkundig in solcher Richtung waltenden Willen der Regierung beizustimmen zu wollen, das ist in Mecklenburg noch viel schwerer als anderswo im Reich, schon deshalb, weil die Regierung hier Volksernennungen, in denen über die Verfassungsfrage gesprochen werden soll, kurzerhand verbietet. Konventionale Versammlungen und Anzerungen werden natürlich nicht verboten. Gefunden ist auch das zeitweilig verbreitete Gerücht, wonach hier an eine Nachahmung der württembergischen Verfassung gedacht werden sollte. Unsere Regierung wird unter keinen Umständen den Konventionen mehr Weh bereiten, als absolut nötig ist.“ Die mecklenburgische „Verfassung“ wird also die Höhe des Absolutismus noch nicht drittigter verhalten als die preussische.

Schwerin. Die Fürstin Wrede. Das Landgericht Wistrow hat in der Silberdiebstahlsache der Fürstin Wrede auf Grund ärztlicher Gutachten auf Einstellung des Verfahrens erkannt. — Da die Fürstin eine Fürstin war, so war ein derartiger Ausgang der Märe zu erwarten. Der Diener G. L. S., der die Diebstahle unbedeckt, brummt dafür noch.

Idenburg. Fischer-Ausperrung. Die Arbeitgeber beschloßen mit 30 gegen 15 Stimmen die Ausperrung der Gesellen. Durch die Androhung, daß ihnen bei event. Nichtausperrung die Holzlieferungen eingestellt würden, bezog einen großen Teil der Versammelten, dafür zu stimmen. Zwei Arbeitgeber erklärten, nicht auszusperren, ein anderer zog es vor, dem „Schutzverband“ den Rücken zu kehren, um freie Hand zu behalten. — In der Versammlung der Arbeitnehmer herrschte froher Kampfesmut. Die Verhandlungen behufs Abschluß eines dreijährigen Tarifs hat man, nachdem man zu dem größten Entgegenkommen in der Lohnzulage bereit war, um der Ausperrung aus dem Wege zu gehen, abgebrochen. Gründe, weshalb eigentlich die Ausperrung vorgenommen wird, hat man bis heute noch nicht erfahren können. Beschäftigt werden hier zurzeit etwa 170 Gesellen, die mit einigen Ausnahmen dem Holzarbeiterverbande angehören. Ausgesperrt dürften etwa 150 werden. Die nicht ausgesperrten Gesellen verpflichteten sich, die Hälfte ihres Lohnes der Lokalkasse zur Unterstützung der ausgesperrten Kollegen abzuführen.

Bremen. Er geht! Schulinspektor Koeppe, unrichtlich bekannt durch das Disziplinarverfahren gegen die bremischen Lehrer, wird am 1. Juli seine Entlassung nehmen.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt
am 20. April.
Der Schweinehandel verlief recht lebhaft. Zugeführt wurden 2833 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandtschweine schwere 48 Mk., leichte 40 Mk., Sauen 40—41 Mk. und Ferkel 46—48 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Geschichten aus deutscher Vorzeit. „Hausbücherei“ Band 14 — Novellenbuch Band 3. 246 Seiten. Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großvorfel. 6. bis 10. Tausend. Preis gebunden 1.— Mk. Die „Geschichten aus deutscher Vorzeit“, welche die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung jetzt bereits in 2. Auflage, 6. bis 10. Tausend, herausgibt, sind inzwischen zu einer Art Erinnerungsbuch geworden. Denn die beiden Dichter, mit deren Novellen das Buch beginnt, sind seit dem Erscheinen der ersten Auflage der deutschen Literatur durch den Tod entziffen worden. Das Buch bietet uns in drei höchst fesselnden Erzählungen treffliche Schilderungen deutschen Lebens früherer Zeiten. Der Band beginnt mit des längst verstorbenen Adolf Schnitthener „Lily in Rötten“, einer formvollendeten Novelle, in welcher der Dichter um die Person des großen Generals aus dem 30jährigen Kriege als Mittelpunkt eine lebensfrische Episode gestaltet hat, vor deren Humor und Farbenpracht die Schreden jener blutigen Zeit in den Hintergrund treten. Die zweite Novelle „Frühling“ aus der Feder des österreichischen Dichters F. J. David, der gleichfalls erst kürzlich verstorben ist, hat einen Gegenprozess zum Gegenstande und zeichnet sich durch sprachlich meisterhafte Behandlung, sowie durch die stimmungsvolle Schilderung innerer Kämpfe aus, die allen Dichtungen Davids besonderen Gehalt verleiht. — Daupffs bekannte Erzählung „Jud Sues“ schließt den Band. Eine in Württemberg noch heute volkstümliche historische Episode aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts hat Daupff in voller Anschaulichkeit mit der ihm eigenen frischen Erfindungsgabe und in flatter Sprache wiedererzählt und zugleich ein gut getroffenes Bild der innerpolitischen Zustände eines deutschen Mittelstaates jener Zeit entworfen. Die Ausstattung des beispiellos billigen Bandes ist wie bei allen Büchern der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung mustergerällig. Bestellungen auf dieses Buch nimmt die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. entgegen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

III. Distrikt. Versammlung am Dienstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Ver-einshaus“.

Zu verkaufen eine Partie fr. Pflanz-Kar-toffeln billig
Schwartauer Allee 94.

Eine Pflanz-Garnitur unter der Hand billig zu verkaufen
Beckergrube 20, II.

2 Ponds preiswerter zu verkaufen. Näh. Westhoffsstraße 2.

4 Stück 8 Wochen alte Ferkel zu verkaufen
Meinstraße 44.

Für Hausstandslumpen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste Preise. Bitte Postkarte.
Wallenborsstraße 25.

Gr. Gold-, Silberwaren- und Uhren-Auktion

am Dienstag, den 23. April 1907, vormittag 10-2 u. nachmittag 4-8 Uhr
Breitestraße 32.
Auktionator Albert Mohrmann.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfund 1,20 Mark.

Allerfeinste Meierei-Butter 1,15 Mk., sowie Landschinken im Aufschnitt 1,20 Mk. empfiehlt
Heinr. Wegner,
Westhoffsstraße 2.

Friedr. Paetau

27 Mühlenstraße 27.
Fernsprecher 1175.
Empfehle heute Dienstag:
Prima dicke Flohmen 60 Pfg.
Eisbein, frisch u. gesalzen 50 „
Schnauzen und Pfoten 15 „
ff. Bratenschmalz 40 „
1 Posten ger. Wurst 80 „
ff. Kohlwurst ff.
Prima Sülzwurst 60 u. 80 Pfg.
„ Blutwurst 60 „ 80 „
„ Krellwurst 60 „

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.
Auf vielfachen Wunsch
H A R Z.

Alteisdorf, Gernrode, Thale, Bodelthal, Ilshenburger, Garzburger usw.

Unentbehrlich für jeden Arbeiter

ist das

Arbeiter-Hausbuch

Ein Führer durch das öffentliche und private Leben des deutschen Arbeiters.

Nachschlagewerk für alle Rechtsfragen, soweit solche den Arbeiter als Ehemann, Vater und Bürger betreffen.

Anhang: Rezepte für die Küche, Haus- und Gesundheitspflege.

380 Seiten stark. Preis brochiert Mk. 1.—.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

und deren Kolporteurs.

Versuchen Sie die Lübecker Rabatt-Margarine „Lubeca“, sie ist schon in sehr vielen Geschäften zu haben.

Bibliothek des praktischen Wissens.

- Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mk. 1.
- Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, Mk. 0.75.
- Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder und der Kinder-mütter, Mk. 0.75.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung Zimmerer!

Außerordentl. Mitgliederversammlung

des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Lübeck, am Montag, den 22. April 1907, abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 46-52.

Tages-Ordnung:

Bericht der Tarifkommission über die Aussprache mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Bau-gewerbe.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.

Der Vorstand.



Uhrfeder einsetzen. 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-macher
Rönigstraße 62, b. d. Hühnerstraße.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold-arbeiter, Zimthaus 13

Misch-Kaffee

gutschmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Feruspr. 149, Breitestr. 54.

Universum

Heute Dienstag, den 23. April:
Gr. Wohltätigkeits-Vorstellung,
bis nachts 2 Uhr
für den erkrankten Pianisten
Fritz Eismann
unter Mitwirkung hiesiger und auswärtiger
Künstler.
L. Puls.

Hansa-Theater

Heute Dienstag:
Gastspiel

Berliner Apollo-Ensembles

mit seinen aufs glänzendste
ausgestatteten Operetten von Paul Linde.
Zum vorletzten Male:

Lysistrata.

Phant. Ausstattungs-Burlesque
von Volten-Bankers.
Musik von Paul Linde.

Großes Rosen-Ballet.

Großes Tanz-Divertissement
mit feenhafter Ausstattung, arrangiert
von Balletmeister G. Ceruti.
1. Tänzerin Käthe Schwebel, 4 Solo-
tänzerinnen u. 30 Damen v. Corps de Ballet.

Vorverkauf bei Zager.

Mittwoch: Zum letzten Male:
Lysistrata.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerthum in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts her-ausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegs-geschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldaten-typen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschau-lichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,

sowie deren Kolporteurs und Austräger.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Aus dem Lager der Scharfmacher.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht einen Bericht des Herrn Menck-Altona über die Taktik der Unternehmer bei Aussperrungen, der im Ausschuß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in der Sitzung vom 11. August 1906 in Nürnberg diskutiert wurde. Der Bericht ist noch heute von Interesse, und zwar nicht nur für die Metall-, sondern auch für die anderen Arbeiter. Mit der großen Formerbewegung im Mai vorigen Jahres beginnend, sagt Herr Menck, der Metallindustriellenverband könne mit Befriedigung auf diesen Kampf zurücksehen; das ist aber wohl nur ein Kompliment, das er seinen Scharfmachergenossen macht. Denn was er in der Folge vorbringt, ist in der Hauptsache eine Abfage an die Taktik, die von den Unternehmern in der Formeraussperrung angewandt worden ist. Aus dem ganzen Referat des Aussperrungstechnikers Menck, der die Scharfmacher früher mit hellen Fanfaren für den großen heiligen Krieg gegen die Gewerkschaften aufrief, klingt sogar etwas wie Skepsis über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit und Erfolgsmöglichkeit der Aussperrungen. Deutlich sagt Herr Menck, man solle nicht ausschließlich um Prinzipienfragen kämpfen. Der Gesamtverband habe nie aus Tradition Prinzipienreiterei getrieben; zudem werde von den Gewerkschaften ein Kampf um Prinzipien leicht zu umgehen sein. Deshalb empfiehlt Herr Menck, Aussperrungen „auch für die Bedürfnisse des täglichen Lebens dienlich zu machen, sie also auch aus Zweckmäßigkeitsgründen anzuwenden.“

Die Scharfmacher haben also schon ein Haar in der Suppe gefunden. Sie haben erkannt, daß die großen Machtkämpfe, die sie bisher gegen die Gewerkschaften zum Teil um lächerlicher Dinge willen geführt haben, oft nicht den Einsatz wert waren, und daß es sich deshalb empfiehlt, mit den Kräften der Unternehmerorganisationen künftig sparsamer umzugehen, um die angeführten Unternehmer, die bei den letzten Aussperrungen schon ihre trübten Erfahrungen gemacht haben, bei guter Laune zu halten. Empfohlen wird deshalb, Gesamtaussperrungen nur in der Form von Vollausperrungen vorzunehmen. Menck sagt darüber: „Es hat keinen Zweck, darüber nachzuforschen, ob andere Aussperrungssysteme billiger oder wirksamer sind, weil sich keine Mehrheit für solche Aussperrungen finden wird. Man muß, wenigstens für die nächsten Jahre, nur mit der Vollausperrung operieren, weil für diese anscheinend die große Majorität vorhanden ist. Man darf aber die Vollausperrungen nicht zu oft anwenden, weil sonst die große Majorität sich bald verlieren wird und man außerdem in Konflikt mit der öffentlichen Meinung, den Parlamenten und den Regierungen geraten würde.“ Man solle deshalb erst zur Vollausperrung schreiten, nachdem die angegriffenen Bezirksverbände bereits geraume Zeit allein oder mit Unterstützung einiger anderer Bezirksverbände in sogenannter Gruppenaussperrung gekämpft haben. Bezeichnend ist auch das Eingeständnis, daß man bisher bei Gesamtaussperrungen viele „Ausnahmen“ hat machen müssen, und daß man auch künftig mit dieser Tatsache rechnen müsse, „so schlecht sie auch im Prinzip mit der Gesamtaussperrung sich verträgt“. Indessen, so wie es bei den letzten Beschlüssen gemacht worden sei, daß Ausnahmen ohne Gegenleistungen gemacht werden seien, könne es „zum zweiten Male nicht wieder gemacht werden, weil sonst die ganze Gesamtaussperrung sich in Ausnahmen verlieren würde“. Deshalb sollen „den

Ausnahmen“ Gegenleistungen in solcher Höhe auferlegt werden, „daß es in der Regel für die Firmen keinen Vorteil bringt, wenn sie von der Ausnahme Gebrauch machen“. Diese Gegenleistung soll nach Mencks Vorschlag „für den sogenannten Mannstagnat auf mindestens 125 Proz. des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der in dem betreffenden Werk beschäftigten Arbeiter bemessen werden. Um ein Beispiel zu bringen, so hätte eine Fabrik, deren Arbeiter einen durchschnittlichen Verdienst von 4 Mk. pro Tag haben, für den nichtausgesperrten Arbeiter 5 Mk. pro Tag als Geldäquivalent (an den Gesamtverband zur Unterstützung der ausgesperrten Firmen) zu zahlen“. Diese Geldäquivalente sollten auch für die während einer Aussperrung beschäftigten unorganisierten, christlichen, Hirsch-Dunkerischen oder Mitglieder der gelben Gewerkschaften gezahlt werden, da sonst eine Firma sich leicht unter einem billigen Vorwand um das Zahlen drücken würde. Um Weiterungen zu vermeiden, sollen diese Gelder von den Ausnahme heischenden Firmen auch pränumerando eingezogen werden. Die Zahlungsverpflichtungen seien im Interesse der durch die Aussperrungen schwer gefährdeten Unternehmer geboten. „Denn wenn nicht alle Firmen annähernd gleiche Opfer zu tragen haben, so kann an eine Gesamtaussperrung nicht wieder gedacht werden“. Der aufmerksame Leser wird aus diesen Äußerungen leicht das Eingeständnis von Unstimmigkeiten im Unternehmerlager herauslesen.

Und noch eines läßt das Referat des Herrn Menck erkennen, das Eingeständnis, daß mit den jetzigen Mitteln der Scharfmacher ein großer Schlag gegen die Gewerkschaften sich nur schwer führen lasse. Nach den Angaben des Referenten waren in Mitte des Vorjahres kaum die Hälfte der im Gesamtverbande organisierten Unternehmer der Streikentschädigungsgesellschaft angeschlossen (für 140 455 Arbeiter bei einer Gesamtbelegschaft von 352 858 Arbeitern). Das läßt auf geringes Vertrauen der Unternehmer zu diesen Einrichtungen schließen. Die Streikversicherung soll aber in den wirtschaftlichen Kämpfen der Zukunft eine große Rolle spielen. Man will durch eine Steigerung der Streikentschädigung eine einzelnen bestreikte Fabrik oder mehrere solcher besser unterstützen, damit sie es länger aushalten und den Einzelkampf erfolgreich durchführen können, ohne daß eine Aussperrung nötig ist. „Es kann nämlich nicht in Frage kommen, daß wegen eines langandauernden Streiks einiger 100 oder seien es selbst 1000 Arbeiter, eine Gesamtaussperrung durch den Gesamtverband erfolge. Für derartige Aussperrungen würde sich keine Majorität im Ausschuß des Gesamtverbandes finden. Andererseits darf man die angegriffenen Mitglieder auch nicht im Stich lassen, und so muß man ihnen eine reichliche Geldentschädigung gewähren, damit sie mit dieser Hilfe den Streik allein durchführen können. Man wird auch bei größeren Streiks oder Aussperrungen im allgemeinen besser tun, die Hilfe des Gesamtverbandes vorerst durch die verbesserte Streikversicherung zu bringen, so lange, bis man an einen Punkt gekommen ist, wo die Streikentschädigungen so hoch angewachsen sind, daß es vorteilhafter ist, aus diesen und vielleicht auch noch aus anderen Gründen die Gesamtaussperrung zu beschließen, um den Kampf schnell zu Ende zu bringen.“ Auch hier wieder das Eingeständnis, daß große Aussperrungen sich nur schwer, nur gegen den Willen eines erheblichen Teiles der Unternehmer durchführen lassen. Deshalb „die nicht erfreuliche Tatsache“ der vielen Ausnahmebewilligungen bei den letzten Kämpfen, deshalb die Festsetzung gewisser Kautelen für die künftigen Kämpfe.

Im weiteren wird dann nachzuweisen versucht, daß die Entschädigungsgesellschaft für Streiks auf fest begründetem Boden stehe, und dann gesagt: „Würden die sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu übergehen, jahrelang keine Streiks zu beginnen und dafür große Kapitalien für einen gewaltigen Streik zu sammeln, so müßte die Entschädigungsgesellschaft ebenfalls große Kapitalien ansammeln; da unsere Taktik sich aber nach der Taktik der Gegner richten muß und daher der Gegner seine Einnahmen einstweilen sofort wieder ausgibt, so ist für uns bis auf weiteres das Um Lage system das richtige Verfahren.“

Dies das Wichtigste aus dem Bericht des Herrn Menck vom vorigen Jahre. Es ist ja sehr wahrscheinlich, daß die Herren Scharfmacher inzwischen schon wieder eine neue Taktik ausgedenken haben. Es gilt daher, alle Schachzüge der Gegner genau zu verfolgen, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen zu können. Notwendig erscheint nicht nur eine bessere finanzielle Stärkung der Gewerkschaften, sondern auch, wie v. Elm in der letzten Sitzung des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftskartells nach unserem Dafürhalten sehr richtig bemerkte, eine schnellere Beweglichkeit der Massen im Kampfe.

Gewerkschaftsarbeit.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht soeben ihren Rechenschaftsbericht vom 1. Mai 1905 bis Dezember 1906.

In den allgemeinen Bemerkungen wird der Aufschwung der freien Gewerkschaften mit Befriedigung hervorgehoben, und zugleich auf die Anzeichen des drohenden wirtschaftlichen Niederganges hingewiesen: „Im Jahre 1905 erreichte die durchschnittliche Mitgliederzahl die Ziffer von 1 344 803 und am Jahresschluß von 1 429 303. Das Jahr 1906 dürfte mit einem Mitgliederstand von 1 800 000 abschließen. Zwar machen sich bereits die Wirkungen der ungünstigen Wirtschaftskondition geltend. Infolge des drohenden Zolltarifs wurden, besonders in der Metallindustrie, die Inlandsbestellungen zurückgestellt, um vor Inkrafttreten des Zolltarifs die Auslandsbestellungen zu erledigen. Nunmehr scheinen auch die Bestellungen aus dem Inland aufgearbeitet zu sein und die unheilvollen Wirkungen der unfruchtigen Zollgesetzgebung werden sich im vollen Maße geltend machen. Die Geschädigten werden, wie leider immer, die Arbeiter sein. Noch ist es ihnen nicht im vollen Maße gelungen, die durch die deutsche Agrarpolitik herbeigeführte Vertenerung der Nahrungsmittel durch Erhöhung der Löhne mittels des Gewerkschaftskampfes auszugleichen. Das Unternehmertum weiß bereits, daß die Zeit wieder heranrückt, die Arbeiterschaft in die Abwehrstellung zu drängen, denn es zeigt eine bisher nicht erreichte Neigung, jede Bewegung der Arbeiter mit einer Aussperrung zu beantworten.“

Der Bericht geht dann auf die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaft ein, er hält die bekannten Anschauungen der Gewerkschaftsleitung aufrecht, weist die Angriffe „einiger Schriftsteller“ auf die Gewerkschaften zurück und schließt mit der Hoffnung, die Auseinandersetzungen, an denen die Jahre 1905 und 1906 so überreich gewesen seien, möchten das Gute haben, „daß in Zukunft das heute bestehende einmütige Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften nicht wieder durch Schriftsteller gestört wird, die einen größeren Wert auf revolutionäre Schlagworte, als auf prakti-

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreyer.

4. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

III.

Und Dulters begann:

„Da oben in Livland lebte ein Mann, der allgemein geachtet war und dem man niemals eine schlimme Tat zugetraut hätte. Es war ein Beamter und brav und gottesfürchtig. Der Name tut nichts zur Sache. Er war durchaus friedliebend und fast so gutmütig wie ein Kind. Ich erwähne das besonders, weil es zum Verlauf der Dinge gehört. Der Weibern gegenüber war er ein großes Kind, das stamend und unwissend in die Welt blickte. Wissen Sie, — solche Menschen sind beschränkte Idealisten und belligen sich in der Regel selbst. Sie geben ihr ganzes Herz auf einmal und empfangen dafür nur leere Hülisen statt der Frucht, die sie von anderen Herzen begehren; sie können lebenskluge Leute sein, aber die Weiber bleiben ihnen ein Brief mit sieben Siegeln.“

Der Mann, um den es sich hier handelt, stammte aus guter Familie und hatte die besten Beziehungen zu den gesellschaftlichen Kreisen. Er hätte also ganz gut ein junges Mädchen heiraten können, das seiner würdig gewesen wäre. Aber wie das so manchmal ist, er verfaßte den Ansehluß. Er war bereits gegen Ende der dreißig, als er doch noch eingefangen wurde. Er hatte im Theater eine Dame kennen gelernt, in die er sich sofort bis über die Ohren verschob. Der Patzschuldbuß, den sie an sich trug, hatte ihn auf sie aufmerksam gemacht. Er konnte den Geruch nicht vertragen und sah sie mürrisch von der Seite an. Sie hielt das für einen Unabwägungsversuch und ging gleich los vor. So wurden sie in der Pause bekannt miteinander. Eine derartige Liebesattache ließ er sich schon gefallen. Bisher hatte er niemals den Mut gefunden, sich einer zu nähern, nun aber trat das umgekehrte Verhältnis ein. Weiberliche Männer, denen keine gut genug war, bleiben in der Regel Weiber.

Die Frau war nicht mehr jung, aber schön, sündhaft schön. Alle Mütter schreiben damals darüber, als sie in einer Wohltätigkeitsvorstellung aufgetreten war. Sie stammte aus

guter Familie, hatte aber frühzeitig ihre Eltern verloren und war dann böse vom Schicksal gezaunt worden. Sie war Greizerin gewesen, dann eine Zeitlang Schauspielerin, und wollte sich nun in der Stadt als Musiklehrerin niederlassen. Die Angehörigen und Freunde warnten ihn, aber es nützte alles nichts. Er schmachtete in ihren Fesseln, und sie hatte ihn völlig unter. Sie arbeitete mit allen Mitteln dahin, anständige Frau zu werden. Und es gelang ihr auch. Um allmählich die Brücke dazu zu schlagen, schob man die Hochzeit noch eine Weile hinaus. Er richtete ihr ein kleines Konfervatorium ein, damit sie sich allmählich in der Stadt einbürgern könne. Nach einem Jahre heiratete er sie dann.

Die Ehe war anfangs glücklich. Es fehlte der Frau an nichts, und das geregelte Leben behagte ihr eine Weile. Es war ihr etwas Neues, und sie trieb sozusagen ihre Allotria damit. Lange genug hatte sie sich auf Treisfahrten in der Welt herumgerieben, und so suchte sie nun erklärlicherweise ihren größten Ehrgeiz darin, um anständigen Frauen als ihresgleichen angesehen zu werden. Aber man machte es ihr nicht leicht. Es hatte sich in der Stadt herumgesprochen, daß ihre Vergangenheit nicht ganz einwandfrei sei, und so verhielt man sich ihr gegenüber sehr reserviert. Der Mann, der blind für derartige Dinge war, merkte das erst, als man seine Einladungen immer weniger annahm. Schließlich wurden die kleinen Gesellschaften, die er hin und wieder gab, zu reinen Herrenabenden. Man ließ die Frauen einfach zu Hause und entschuldigte sich mit allerlei Ausreden. Unser guter Mann durfte sich so etwas nicht bieten lassen. Er forschte also nach. Ein guter Freund stach ihn die Sache. Jemand hatte das Gerücht verbreitet, die schöne Frau habe früher in Beziehungen zu einem adeligen Herrn gestanden, der den Winter in Berlin zuzubringen pflegte. Der Mann litt schwer darunter. Es gab eine arge Szene zwischen dem Ehepaar. Er forderte die Wahrheit von ihr. So wahrhaftig er auch das Weib liebte, förmlich Sklave ihrer Schönheit geworden war, so hielt er doch auf seinen guten Ruf. Seine Familie war alteingesessen im Orte, und niemand hatte man ihren Namen mit irgend einer Anfaulerkeit in Verbindung gebracht. Nun ging es ihm aber an die Ehre, und der Mann erwachte in ihm. Die Frau zuckte mit den Achseln. Sie habe für Verleumder nur Verachtung, meinte sie. Seine Aufgabe sei es, für ihren Ruf einzutreten, denn sie trage seinen Namen. Stolz kehrete sie ihm den Rücken.

Wie immer in solchen Verhältnissen, war der Ursprung des bösen Gerüchtes nicht festzustellen. Als die tonangebende Gesellschaft sich dauernd ablehnend gegen den Umgang mit seiner Frau verhielt, machte er kurzen Prozeß. Sein Vater war gestorben und hatte ihm eine hübsche Besorgung außerhalb der Stadt hinterlassen. Er quittierte den Staatsdienst und zog sich auf sein Gut zurück, wo er mit Frau und Kind wie ein Einsiedler lebte. Sie hatte ihn nämlich inzwischen mit einem Söhnchen beschenkt, für das er eine wahre Affenliebe zur Schau trug. Er vergaß sozusagen über dem Kinde die Mutter. Eine tiefe Verstimmung gegen sie bemächtigte sich seiner. Er traute ihr nicht recht, trotzdem sie ihm bisher keine Veranlassung gegeben hatte, sich über ihren Ruf als Frau zu beklagen. Aber der Stachel des bösen Gerüchtes war in ihm zurückgeblieben. Sie empfand das sehr wohl und behandelte ihn mit Kälte. So entfremdeten sie sich allmählich innerlich. Der Zwist trat häufiger ein und kam dann zum hellen Ausbruch. Er konnte seine gesellschaftliche Position nicht vergessen, und sie berief sich darauf, daß er der allein Schuldige sei. Er sei feige aus der Stadt geflohen, anstatt alle ihre Feinde zur Rechenschaft zu ziehen. „Aber das kommt daher, weil du keine Pistole anzuhängen wagst“, höhnte sie ihn aus.

Um so mehr übte sie sich in dieser Waffe. Sie ritt nicht nur ganz vorzüglich, sondern war auch eine vortreffliche Schützin. Sie jagte nach Herzenslust und knallte oftmals den schönsten Rehböck nieder. Großes Vergnügen bereitete ihr das Pistolenschießen nach der Scheibe. Über schöne Waffen freute sie sich diebisch. Zu ihrem Geburtstag hatte er ihr einen sehr schönen Revolver geschenkt, dessen Schaft mit Silber ausgelegt war. Auf ihren Kitten, auf ihren einsamen Spaziergängen trug sie ihn stets bei sich. Einmal erfuhr er etwas, was ihn in Staunen und Schrecken versetzte. Eine alte Bäuerin hatte ihm einen Wink gegeben, daß die gnädige Frau sich mit Selbstmordgedanken trage. Sie hatte ihr Häuschen etwa eine Stunde Wegs entfernt von der Besorgung, und die Herrin pflegte oft bei ihr Raft zu machen und ein Glas Milch zu trinken. So habe sie dabei einmal den Revolver vor sich auf den Tisch gelegt und allerlei verhängliche Reden dabei geführt. Das Glück sei ihr auf Erden nicht beschieden, und sie werde es daher bald im Himmel suchen und so weiter.

Der Mann hielt auch das für eine ihrer Launen, aber es entging ihm nicht, daß nach und nach eine Art Schwer-

sehe Mitarbeit in Reich und Glied der Arbeiterbewegung legen."

Über die von den Gewerkschaften eingeführten Unterrichtskurse wird in kluger Beschreibung gesagt: "Für die drei Kurse, welche im Jahre 1906 stattfanden, war eine Dauer von je vier Wochen vorgesehen, und für die Kurse von 1907 soll die Dauer um eine Woche verlängert werden. Jedoch ist die Zahl der Unterrichtsgegenstände um einen vermehrt."

Die Abneigung des reichsstatistischen Amtes, mit den Gewerkschaften bei der Aufstellung der Streiks zusammen zu arbeiten, äußerten sich höchst auffällig. Obwohl in der amtlichen Streikstatistik von 1901 bis 1905 nicht weniger als 2085 Streiks mit 42 776 Beteiligten verzeichnet worden sind, hat das Reichsamt des Innern auf ein bereits im Februar 1904 gestelltes Anerbieten der Generalkommission, an der amtlichen Streikstatistik mitzuwirken, sofern sie ihres Charakters als Kriminalstatistik entscheidet würde bis heute nicht einmal eine Antwort erteilt.

Der Ausbau der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften ist in den letzten Jahren fortgeschritten, soweit das die Verschiedenartigkeit der Organisationsverhältnisse zuläßt. Die Vereinbarungen können sich nur darauf erstrecken, daß eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt und daß gelegentlich gegenseitige Hilfe in den wirtschaftlichen Kämpfen gewahrt wird, ohne daß eine Verpflichtung zur Leistung bestimmter Summen besteht. Unter diesen Bedingungen haben sich die gewerkschaftlichen Landeszentralen der europäischen Länder vereinigt."

Gleichzeitig erstattet Ida Altmann den Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats. Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist von 1904 bis 1905 von 48 604 auf 74 411, also um 53 Prozent gestiegen, beträgt aber immer noch kaum mehr als 7 Prozent der Gesamtheit der Arbeiterinnen. Als Aufgaben für die Zukunft stellt sich das Sekretariat u. a.: "Schaffung einer systematisch vom Einflüssen, Elementarissen ausgehenden und Schritt für Schritt fortschreitenden Flugblattliteratur, wodurch die persönliche Agitation ergänzt und, wo sie nicht vorhanden, ersetzt werden soll. Schließlich hält es Untersuchungen über die immer mehr umfänglichere Einbeziehung der Frau ins Erwerbsleben, über die Frage der Entlohnung der beiden Geschlechter, über die Beteiligung der Frau am gewerkschaftlichen Kampfesleben, über die Rechtsstellung der Arbeiterin usw. für zweckmäßig und beabsichtigt, zu geeigneter Zeit an die Ausführung der bezeichneten Arbeiten zu gehen, womöglich auch eine Geschichte der Frau in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu schaffen."

Beide Berichte zeigen die blühende und fühlbare Arbeit der Gewerkschaftsleitung. Der Wunsch nach einer immer innigeren Verkettung aller Zweige der modernen Arbeiterbewegung wird überall geteilt. Mehr denn je drängen die Verhältnisse zu immer engerem Zusammenfluß. Kein Zweifel, daß das mit den Feudalen verbündete, die Regierung beherrschende Unternehmertum, nachdem es durch seine politischen Organisationen bei den Wahlen die Sozialdemokratie niederzureiten verfuhr hat, nunmehr bemüht ist, durch seine wirtschaftlichen Organisationen die Gewerkschaften gleichfalls niederzureiten. Für diese Absichten zeugen die Aussperrungen. So kämpfen die Herrschenden selbst das Schicksal der Partei und der Gewerkschaften aneinander. Vereinen unsere Feinde alle ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmittel wider das Proletariat, so wird die Arbeiterschaft erst recht ihre Reihen schließen und ihre Kräfte sammeln und stärken."

Soziales und Parteileben.

General-Verammlung des Zimmerer-Verbandes. Zu dem Punkte Bauarbeiterbeschäftigung erhält das Wort der Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung, Genosse Selucke. Er führt aus, daß die, wenn auch geringen Fortschritte im Bauarbeiterbeschäftigung zeigen, daß eine zielbewusste Arbeiterschaft wohl instand ist, etwas zu erreichen, und daß ganz andere Erfolge erzielt werden könnten, wenn sich die Bauarbeiter in noch größerer Zahl hinter die Bestrebungen der Gewerkschaften stellten. Es komme auch zunächst darauf an, daß die erlassenen Schutzbestimmungen auch wirklich durchgeführt und befolgt werden, und da könne die Arbeiterschaft selbst auch viel tun. Eine wichtige Forderung sei, daß der Bauarbeiterbeschäftigung gleichen Schritt halte mit dem Fortschreiten der Technik. Daß Graf Posadowsky, der vielgepriesene, den Forderungen der Bauarbeiterbeschäftigung, besonders entgegengekommen wäre, könne man wahrlich nicht sagen. Mehr als schöne Worte habe er bisher nicht gesagt, und auf ein Reichsbauarbeiterbeschäftigungsgesetz und die Arbeiter-Baukontrollen warte man immer noch. Der Bauarbeiterbeschäftigung sei immer noch Landesfrage, was seine Durchführung und insbesondere seinen Ausbau gewaltig aufhalte. Um zu beweisen, daß man auch technisch und finanziell wirklich durchführbare Forderungen erhebe, habe die Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung auf der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg ein Modell aufgestellt, das dem Techniker zeige, wie sich die Arbeiterschaft einen wirtschaftlichen Bauarbeiterbeschäftigung denke. Von allen Seiten, ausgenommen die bangewerblichen Scharfmacherblätter, sei der Kommission Anerkennung für ihr Modell zuteil geworden. Die Beteiligung an den alljährlichen Erhebungen der Kommission wachse immer mehr, ein Beweis, daß das Interesse für den Bauarbeiterbeschäftigung ständig zunehme und daß das Bedürfnis nach vermehrtem Schutz immer geblühender zum Ausdruck komme. Und angesichts der furchtbar hohen Unfallzahlen und der schweren gesundheitlichen Gefahren auf den Bauten habe die Arbeiterschaft wahrlich Ursache mit der größten Entschiedenheit noch mehr Bauarbeiterbeschäftigung zu verlangen. Außerordentlich wichtig sei es, für die denkbar ausgedehnteste Kenntnis der Bauarbeiterbeschäftigung-Bestimmungen in den Kreisen der Arbeiter zu sorgen, und daß den Vertrauensleuten die Vorschriften vollkommen geläufig sind. In dieser Richtung müsse besonders durch Vorträge gewirkt werden. Durch ministerielle Verordnung sei den Gemeinden die Pflicht der bauarbeiterbeschäftigung Überwachung der gesetzlichen Vorschriften auferlegt, und die Regierungsbehörden hätten darüber ans Ministerium zu berichten. Wo also eine Gemeinde auf dem bauarbeiterbeschäftigung Gebiete ihre Pflicht nicht tue, müsse von der Arbeiterschaft an den Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten oder das Ministerium Beschwerde gerichtet werden. Die Träger des Bauarbeiterbeschäftigungsgesetzes, die Berufsgenossenschaften, hätten unter dem Druck der Arbeiterforderungen und angesichts des "Geispenkes" der Arbeiterkontrollen, die für einen Unternehmer das schrecklichste sind, die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ein wenig vermehrt, und durch die Vermählungen sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter sei es dazu gekommen, daß die Jahresberichte dieser Beamten im Druck erscheinen und im Buchhandel zu haben sind. Den Beamten sei angesichts ihrer schwierigen Stellung gegenüber den unternehmerlichen Vorständen der Bauberufsgenossenschaften der gute Wille nicht abzupredigen, aber ihre Zahl sei bei weitem zu gering. Die Bauarbeiterbeschäftigung verlange einen von Grund aus anderen Schutz, eine ganz andere, immerwährende Überwachung der Bauten. Es sei auch nötig, daß bei der Strafverfolgung der Baufälle nicht nur Unternehmer, sondern auch Arbeiter als Sachverständige herangezogen würden. Diese Forderung müsse insbesondere angesichts der bevorstehenden strafrechtlichen Reformen mit allem Nachdruck erhoben werden. Die Zentralkommission beabsichtige auch, ähnlich dem Hochbaumodell ein solches für den Tiefbau herzustellen. In dem Tiefbau seien die Gefahren besonders groß für die Arbeiter, und sie würden erhöht durch die sprachunkundigen Arbeiter, die von dem Unternehmertum hier in solchen Massen herangezogen würden. Und für die mehr als 16 000 Betriebsstätten in Deutschland seien nur acht Aufsichtsbeamte angestellt. Zum Schluß weist der Redner darauf hin, daß nur durch die eigene Kraft der organisierten Arbeiterschaft, durch engsten Zusammenschluß aller Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften, Fortschritte auch auf dem Gebiete des Bauarbeiterbeschäftigungsgesetzes und menschenwürdige Zustände erkämpft werden können. (Beifall.) Eine Diskussion über den Gegenstand findet nicht statt. Sodann tritt eine Generaldebatte über die zum Statut vorliegenden

Änderungen ein, um der Statutenberatungskommission zunächst mal eine Grundlage für ihre Arbeiten zu schaffen. Es folgt das Referat des Hauptvorsitzenden Schrader über unsere Lohnbewegungen. Der Redner führt u. a. aus: Im Jahre 1905 hat unser Zentralverband durch Lohnbewegungen in 376 Zahlstellen mit 33 694 Mitgliedern die Stundenlöhne um 1 bis 7 1/2 Pfg. erhöht, im Jahre 1906 in 467 Zahlstellen mit 43 220 Mitgliedern um 1 bis 10 Pf. Ferner hat er erwirkt, daß 1905 die Arbeitszeit in 79 Zahlstellen mit 4796 Mitgliedern um 1/2 bis 1 Stunde verkürzt wurde, und zwar für 109 Mitglieder um 1/2, für 3756 um 1/2 und für 931 um 1 Stunde. Im folgenden Jahre wurde die Arbeitszeit verkürzt in 95 Zahlstellen mit 6532 Mitgliedern, und zwar für 32 Mitglieder um 1/2, für 5380 um 1/2 und für 1120 um 1 Stunde. Aber es gibt noch 20 210 Mitglieder mit einer Arbeitszeit von 10 Stunden und noch 4014 mit einer solchen von mehr als 10 Stunden; ferner gibt es noch 53 Zahlstellen mit 1191 Mitgliedern, wo Löhne von 25 bis 30 Pfg. die Stunde bezahlt werden, und es sind in unserer Statistik sogar noch Löhne von 22, 21 und 20 Pfg. ermittelt worden. Das offenbar tieferliegende Zustände, und auf ihre Beseitigung muß mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft hingewirkt werden. Daß solche Zustände noch möglich sind, ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derjenigen, die sich in den rückständigen Gebieten unserm Verband noch nicht angeschlossen haben. Der Zimmererverband mußte in den fünf Jahren von 1897 bis 1901 für Streiks die Summe von 436 812 Mk. ausgeben, in den letzten fünf Jahren, 1902 bis 1906, aber die Summe von 1 453 926 Mk. Das ist eine Mehrausgabe um 1 017 114 Mk. gegen die ersten fünf Jahre. Es kommt das daher, daß infolge der geänderten Taktik des Unternehmertums die Kämpfe viel heftiger und langwieriger geworden sind. Nach dem Bericht, der auf der Generalversammlung des Arbeiterbeschäftigungerverbandes für das Baugewerbe in Deutschland, abgehalten vom 18. bis 19. Februar 1907 in Köln, gegeben wurde, hat dieser Unternehmerverband 20 Ortsverbände und 80 selbständige Ortsverbände mit insgesamt 14 000 Mitgliedern gegen 8465 Mitglieder im Jahre 1905. Die Taktik des deutschen Zimmermeisterverbandes ist die nämliche wie die des Bauarbeiterverbandes. Ihre Taktik geht dahin, die Arbeiter in Streiks zu treiben, zu provozieren, in einer Zeit, die für die Arbeiter ungünstig, für die Unternehmer aber vorteilhaft ist. Sie suchen auch vielfach, den Beginn eines geplanten Streiks hinauszuschieben. Es ist ein Gebot der Klugheit, daß die Arbeiter niemals vorher einen Termin für den Streik bestimmen, weil sonst die Unternehmer sich darauf einrichten und ihre dringendsten Arbeiten fertigstellen können. Es kommt auch vielfach vor, daß die Unternehmer, wenn die Arbeiterforderungen stellen, nun ihrerseits einen Tarif anfertigen und dann ohne jede Verhandlung von den Arbeitern fordern, daß sie diesen Tarif bis zu einem bestimmten Tage anerkennen, andernfalls sie dann die Arbeitsläge schließen. Nach allen diesen Gespinnnetzen der organisierten Unternehmer mühen die Arbeiter ihre Vorkehrungen treffen und ihre Maßnahmen einrichten. Es ist bekannt, daß die Unternehmer seit langem bestrebt sind, alle Tarifverträge am 31. März kommen den Jahres ablaufen zu lassen, und wenn die Unternehmer auch erklären, daß sie keine bösen Absichten dabei haben, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß man den Unternehmern nicht weiter glauben darf, als man selber sieht. Es geht die Taktik des Unternehmertums dahin, die Arbeiter mit einem Male über ein möglichst großes Gebiet auszusperren, um auf diese Weise die Organisationen, wenn auch nicht zu vernichten, auf Jahre hinaus zu schwächen und lahm zu legen. Die Arbeiter müssen damit rechnen, daß das Unternehmertum im nächsten Jahre einen großen Schlag unternehmen will. Wenn man den Schlag nicht ausführt, ist es gut; es wäre aber ein Fehler unverantwortlicher Art, wenn die Arbeiterschaft sich nicht auf den Kampf einrichten würde. Wenn der Kampf kommt, muß er die Zimmerer Deutschlands in geschlossener Reihe vorfinden, und sie müssen bereit sein, für ihre Sache und ihre Organisation Opfer auf sich zu nehmen. Der Redner wendet sich dann im einzelnen gegen die planlosen Streiks, mit denen endlich aufgedrückt werden müsse, und gegen den großen Fehler, einen Streik auch dann noch weiter zu führen, wenn er aussichtslos geworden ist. Gerade durch das letztere werde die Bewegung an den betreffenden Orten auf Jahre zurückgeworfen, während ein rechtzeitig abgebrochener Streik des öfteren im folgenden Jahre die Bewilligung der Forderungen ohne Kampf gebracht habe, weil das Unternehmertum eine ungeschwächte Organisation sich gegenüber. Zum Schluß begründete Schrader eine aus-

mut über sie kam. Plötzlich, an einem Frühlingstage, erschien sie ihm wie ungewarnt. Er war gerade von einer Reise zurückgekehrt, die ihn einige Tage lang von Hause fern gehalten hatte. Die Frau war fröhlich und guter Dinge. Sie empfing ihn liebedoll. Sie küßte ihn sogar herzlich, was seit längerer Zeit nicht vorgekommen war. Unter all dieser Liebenswürdigkeit verbarg sie aber doch eine gewisse Unruhe. Er glaubte sie aber doch richtig zu verstehen. Sie schenkte sich jedenfalls ein wenig, jetzt erst zur Erkenntnis ihres Glückes gekommen zu sein. Gott sei Dank, daß sie sich wieder zu ihm gefunden hatte! Besser auch so, des Kindes wegen. Wochenlang zeigte sie ihm dieses freudige Gesicht, bis ihm der Zufall die Binde von den Augen riß. Er hatte wieder eine kurze Reise zu unternehmen gehabt, kam aber ganz unerwartet schon den anderen Tag zurück, weil die Sache sich schnell erledigt hatte. Spät abends langte er an. Es war eine herrliche Julinacht, klar und mild, so daß man im Freien hätte schlafen können. Dieser Gedanke war ihm nämlich unterwegs gekommen. Der Vollmond stand am Himmel und durchdrang alles mit seinem Licht. Wissen Sie, meine Herren — Sie werden vielleicht schon von sogenannten weißen Nächten gehört haben. Da oben gibt es solche weiße Nächte. Die Luft ist dann unendlich dünn und der Mond hat die Kraft einer verschleierte Sonne.

Geisterhaft lag das neue Wohnhaus da, wie ein Zauberfisch mitten im Grünen. Es fiel ihm zwar auf, daß der Hund nicht anschlief, aber die Sehnsucht nach Weib und Kind brachte ihn bald auf andere Gedanken. Er hatte den Mietswagen aus der Stadt schon auf der Landstraße verlassen und den Weg durch den kleinen Park genommen. Sie sollten doch alle erwaunt sein über sein Kommen. Die Herrin schlief schon, sie sei sehr früh auf ihr Zimmer gegangen, sagte die Dienerin, die im Kinderzimmer war. Das Kind lag in seinem Bettchen und schlief. Er küßte sie und sagte dann, er wolle ebenfalls schlafen gehen. Die Wärterin sah auch, wie er über den langen Gang in sein Zimmer ging, denn sollte sie ihm noch etwas Trinkwasser bringen. Geistesmäßig, wie sie war, hatte sie allerlei zu erzählen: daß die Herrin nachmittags ausgeritten sei, daß sie dann über Koenigsmerzen gefahren habe, überhaupt ganz sonderbar gewesen sei. Sie habe wiederholt gefragt, ob denn der Herr heute schon zurückkommen werde und so weiter: sie habe auch mehrmals gesagt, daß man sie durch nichts stören solle. Dem Manne kam dies alles sonderbar vor. Sie wird doch nicht krank geworden sein? dachte er. Als die Wärterin fort war, wollte er doch seine Frau auffuchen. Beide Schlafzimmer lagen nebeneinander. Er

schlich sich an die Tür und klopfte. Alles blieb still. Er konnte nicht öffnen, denn von innen war abgeschlossen. So schlich er sich denn wie ein Dieb den Gang entlang, um durch die Luftschlitz zu gelangen. Die Tür war auf. Als er hereintat, fand er das Zimmer leer. Von draußen flutete das Mondlicht herein, und so war es fast so hell wie am Tage. Unangenehmer Patzluft drang ihm in die Nase. Auf sein vieles Bitten hatte sie zwar nachgelassen, dieses Parfum zu gebrauchen, nun schien es ihm aber, als hätte sie sich plötzlich auf einmal zehnfach dafür rächen wollen und sich nun förmlich darin gebadet. "Wo steckst du denn?" rief er laut. Keine Antwort. Ihn wurde unheimlich zu Mute. Er hatte plötzlich die Empfindung, als lauge er Leichengeruch ein. Eine ganz unbestimmte Gefahr schwebte ihm vor, etwas Düsteres, Schreckliches. Vielleicht hat sie sich das Leben genommen, wie sie es wiederholt zu der Bäuerin geäußert hat, denkt er. Verirrte Umwandlungen hatte er ja immer.

Ein Fenster steht weit offen, sofort fährt ihm der Schreck durch die Glieder. Vielleicht hat sie sich hinausgestürzt und liegt unten. Kälter Schweiß steht ihm auf der Stirn, als er den Kopf hinausstreckt. Dann atmet er auf. Nein, sie liegt nicht unten. Wie wird sie sich auch hier hermiterstützen, denn es geht bloß einige Fuß bis zur Erde. Da fällt sein Blick auf ihren Schreibtisch. Eine angebrannte Zigarette liegt dort, gerade so, als wäre vor einigen Minuten erst ein Herr im Zimmer gewesen. Es waren nie Zigaretten im Hause, denn weder der Mann noch seine Frau rauchte welche. Da geht ein siedendheißer Strom durch seinen Körper, der seinem Herzen einen Stoß gibt. Durch das offene Fenster sieht er den Wald, und die Wut eines wilden Tieres packt ihn. Es ist keine Täuschung — dort sieht er etwas wie ein helles Kleid schimmern und daneben eine dunkle Gestalt. Mit der Faust schlägt er sich gegen die Stirn und lacht heiser auf.

Dunklers hatte sich leicht von seinem Sitz erhoben, während aller Augen gespannt auf ihn ruhten. Als wollte er jedes Wort wie ein leidenschaftlicher Redner durch eine Handbewegung bekräftigen, so tippte er mit dem Zeigefinger in das Leere hinein. In dieser Verfassung fuhr er fort: "Er steht auf ihrem Schreibtisch den Revolver liegen, den er ihr gegeben hat. Wie durch einen kalten Wasserstrahl kommt Ruhe über ihn, aber teuflische Ruhe, wie bei einem Menschen, dessen eigenes Leben von den nächsten Minuten abhängt. Mit einem Sprunge ist er unten. Alles ist still im Hause, nichts regt sich. Wie ein entlassener Einbrecher schleicht er sich durch den Humengarten, dann unter Obstbäumen vorüber, dem nahen Walde zu. Er verächtlich

den breiten Fußweg und kriecht auf den Knien über das Stückerle. Endlich hat er eine Bude als Deckung. Er hört zärtliche Laute, Abschiedsküsse und die inbrünstigen Worte: "Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen, Geliebter, morgen Abend." Plötzlich ist es ihm, als dufte der ganze Wald nach Patzluft. Er fällt über eine Wurzel und bekommt beide aus den Augen. Dann läuft ihm sein Weib förmlich in die Arme, von dem andern ist nichts zu sehen. "Schloße!" preßt er hervor. "Ja, ich habe dich betrogen, weil ich die feigen Männer nicht leiden kann," erwidert sie ruhig. Da weiß er nicht mehr, was er tut. Blindlings schießt er auf sie ein, und lautlos fällt sie nieder, gerade zu Füßen einer tausendjährigen Eiche, die mitten auf einer Lichtung steht. Es war ihr Lieblingsbaum, denn von hier aus pflegte sie nach der Scheibe zu schießen.

Er beugt sich über sie. Kein Laut kommt mehr über ihre Lippen. Kirchhofsstille umgibt ihn. Wie versteinert steht er da, eine Schandfäule zu Füßen seines Opfers. Er hört sein Herz wie dumpfen Kanonendonner schlagen. Der Hund meldet sich, und das bringt ihn zur Besinnung. Deshalb bellt der Hund gerade jetzt, weshalb machte er sich vorher nicht bemerkbar? schießt es ihm dumpf durch den Kopf. Gewiß hatte sie ihn durch irgend etwas beruhigt, vielleicht sogar eingeschlafert. Also hatte sie raffiniert alles vorbereitet. Er fühlt keine Reue, nur wahnwitziger Haß kocht in ihm, gegen das Weib, das all seine Güte so mißbraucht hat. Plötzlich aber denkt er an sein Kind und kalte Schauer durchrieseln ihn. Es wird einen Mörder zum Vater haben, und es ist unerschulbig an allem. Sein ganzes Leben lang wird es darunter zu leiden haben, sein Glück wird gebrochen werden, und es wird daran zugrunde gehen. Dieses kleine, reizende Geschöpf, an dem sein ganzes Herz mit Liebe hängt! Nein, nein — so darf es nicht kommen. Vaterliche, Furcht und Feigheit bringen ihn auf einen teuflischen Gedanken. Könnte sie sich nicht ebenso gut selbst erschossen haben? Wer will das wissen? Der Liebhaber ist gewiß über alle Berge, und Gott ist stumm. Er wirft einen Blick auf sich — niemand ist zu sehen. Er kniet nieder und drückt ihr ihren Revolver in die noch bewegliche Rechte, wobei es ihn kalt überläuft. Dann schleicht er sich davon, mehr tot als lebendig. Als er aber sein Haus erblickt, wird er ruhiger. Er kommt sich wie ein Verbacher vor, der den Kopf oben behalten muß. Niemand sieht ihn hineingehen, unbeachtet erreicht er sein Zimmer. Am Morgen wundert er sich, daß er noch lebt, denn als er im Bette lag, hatte er mit geschlossenen Augen einen Zustand, als wenn er einen meilenteilen Abgrund langsam hinuntergeschwebt wäre, bis grauenvolle Furcht ihm den Atem rauchte. (Fortsetzung folgt.)

dingungen wird als Streben nach einem rechtsvollem Ver-
fahren angesehen. Die Konsequenz davon wäre, den
Erpressungsparagrafen auch gegen Beamte anzuwenden,
die um höheres Gehalt petitionieren. (Fetterkeit und Sehr
gut! b. d. Soz.) Es ist soweit gekommen, daß es als
Erziehung und Erpressung angesehen wird, wenn Arbeiter,
die nicht mit Nichtorganisierten zusammen arbeiten wollen,
ohne jeden Versuch einer Beeinflussung (Hilfsleistung beim
Arbeitgeber ihre Entlassung nehmen. (Hört! Hört! b. d.
Soz.) Arbeitgeber aber können ruhig erklären: Wer nicht
mit unseren Lohnbedingungen einverstanden ist, wird aus-
geworfen. Arbeitgeber werden eben niemals angeklagt. (Sehr
wahr! b. d. Soz.) Neuerdings hat man im § 153 eine neue
Auslegung gegeben, die tatsächlich das Koalitionsrecht der
Arbeiter aufhebt. § 153 trifft nach seiner ganzen Ent-
stehungsgeschichte nur den Zwang, den Arbeiter auf Arbeitgeber
und Arbeitgeber auf Arbeiter ausüben, nicht aber den
Zwang, der von Arbeitern auf Arbeitgeber und von Arbeit-
gebern auf Arbeiter ausgeht, denn dieser ist ja
durch § 152 ausdrücklich für straflos erklärt
worden. Das Gegenteil anzunehmen, wäre vollkommen ver-
fehlt. Trotzdem diesen Schritt zu tun, war dem Reichs-
gericht vorbehalten. (Fetterkeit b. d. Soz.) Formell richtet
sich die Auslegung des Reichsgesetzes auch gegen die Arbeit-
geber. Wir wissen ja aber recht gut, daß diese Rechtspre-
chung immer nur gegen Arbeiter angewandt wird. (Sehr
wahr! b. d. Soz.) Wo immer wir verfuhr haben, die
Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen Arbeitgeber zu
bewegen, lehnten sie ein Einschreiten ab. Veröffentlichungen
der Arbeitgeber waren für die Staatsanwaltschaft niemals
Ankündigung eines Mißes, sondern nur eine Mitteilung. (Gr.
Fetterkeit.) Ich habe das in Breslau erlebt, als ich eine
Bestimmmachung des Verbandes der sächsischen Metall-
industriellen, die den ausländischen Formern die Auslieferung
androhte, zur Anzeige brachte. Kurz vorher war ebendieselbe
der Arbeitersekretär Schlegel zu 14 Tagen Gefängnis ver-
urteilt worden, weil er für den Fall der Nichterfüllung der
Arbeiterforderungen einem Arbeitgeber den Streik in Aus-
sicht gestellt hatte. In Breslau werden die Arbeitgeber nicht
bestraft, wenn sie sich einer Handlung schuldig machen, wenn
der Arbeiter bestraft werden. (Zuruf des Abg. Weber:
Das ist wohl keine Klassenjustiz!) Es gibt eben Richter und
Staatsanwälte nur gegen die Arbeiter, nicht aber gegen die
Unternehmer. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz., Widerspruch einiger
Konservativen.) Wenn Sie (nach rechts) die Fälle kennen
würden, wie ich Sie kenne, so nehme ich zu Ihrer Ehre an,
daß Sie zu demselben Schlusse gelangen würden. Nicht
nur strafrechtlich, auch zivilrechtlich geht man gegen das
Koalitionsrecht der Arbeiter vor. Die Bestimmungen über
Schadenersatzpflicht werden in einem Sinne ausgelegt, der
den Gesetzgebern durchaus fernlag. Die von mir angeführ-
ten Fälle beweisen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter
durch diese verworrene Rechtsprechung, diese fortwährenden
Drangulierungen mit einem Wort, durch diese Klassenjustiz
vollständig in Frage gestellt ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.)
Mit dem Schutz des Koalitionsrechts darf nicht bis zur Re-
form des Strafgesetzbuches gewartet werden. Sie haben ja
alle versichert, daß Sie Freunde des Koalitionsrechts sind.
Den Arbeitern ist ein gutes Koalitionsrecht lieber, als alle
anderen Anträge, die Sie so reichlich eingebracht haben.
(Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn es Ihnen also mit Ihren
Versicherungen ernst ist, nun Sie haben ja jetzt einen sozial-
politischen Block, zu dem auch das Zentrum gehört und der
für das Koalitionsrecht eintreten will. Deshalb rufe ich
Ihnen zu: Hier ist Rhodus, komme her und tanze oder
tralle dich und schweige, wenn du nicht tanzen kannst. (Lebh.
Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Lieberding: Der Vorredner
erhebt seine Vorwürfe nach dem Schema: Die Richter sind
nicht böswärtig, aber so verunken in Standesvorurteilen, daß
sie nicht objektiv Recht sprechen können. Ich finde diese An-
griffe unerhört. (Zustimmung rechts.) Daß die Rechts-
prechung des Reichsgerichts auf dem Gebiet der Erpressung
und des Koalitionsrechts in der letzten Zeit Zweifel hervor-
gerufen hat, gebe ich zu. (Hört! hört!) Es wird zu er-
wägen sein, ob nach dieser Richtung hin die Bestimmungen
nicht einer Einschränkung und Klarstellung bedürfen. Die
Reichsanwaltschaft wird anzuweisen sein, alle Gesichtspunkte
nachmalig zu erörtern. Das Reichsgericht hat jedenfalls
stets in bester Absicht gearbeitet. Auch die Reichsjustizver-
waltung wird diese Dinge in objektiver Weise prüfen.
(Bravo!)

Dr. Abt (Freis. Vpt.): In der Frage des Zeugnis-
zwangs hat der Staatssekretär einen weltfremden Stand-
punkt eingenommen, wenn auch nicht einen so antedilwian-
nischen wie Herr Wagner. Die prozessualen Bestimmungen
sind von allen Bundesstaaten in Preußen am rückständigsten.
Preußen ist eben stets in der Reaktion in Deutschland voran.
(Zustimmung links.) Weiter will ich die Aufmerksamkeit des
Staatssekretärs auf die ernste Frage der Abschaffung des
Konfessionellen Eides lenken, dessen Abschaffung im Interesse
der Gewissensfreiheit dringend notwendig ist. (Zustimmung
links.) Notwendig ist ferner, daß der Vereidigte vor Gericht
dem Staatsanwalt gleich gestellt wird. (Bravo! bei den
Freiämtern.)

Varenhorst (Apt.): Ich protestiere dagegen, daß der
Abg. Heine den Richtern den Vorwurf des Rechtsbruchs
macht. Die Form, in der das geschieht, ist, indem er die
bona fides der Richter voraussetzt, kann ich nur als Drücke-
bergerei bezeichnen. (Sehr gut! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt
Abg. Heine (ZD.): Herr Dr. Lieberding hat wieder-
holt behauptet, ich hätte den Richterstand beleidigt. In
Wahrheit habe ich mehrfach ausdrücklich hervorgehoben, daß
meine Kritik nur gewisse Richter treffen solle. Der Staats-
sekretär hat mir weiter vorgeworfen, daß ich hier Fälle vor-
bringe, für die er die Akten nicht zur Stelle hätte. Daß
ich den Breslauer Fall hier zur Sprache bringen würde,
habe ich ihm schon vor vier Wochen mitgeteilt. (Wiedliches
Hört, hört! b. d. Soz.) Herrn Varenhorst kann ich die bona
fides als Richter nur in dem Sinne zubilligen, daß ich
sage: Herr vergeblich Ihnen, sie wissen nicht, was sie tun.
(Gr. Gift.)

Staatssekretär Dr. Lieberding: Von dem Breslauer
Fall hatte ich allerdings Kenntnis. Aber das Haus nicht.
Ich konnte doch unmöglich den ganzen Fall hier vor-
tragen.

Vizepräsident Kämpf: Damit ist die Debatte wieder
eröffnet.

Auf Antrag des Abg. Dr. Mugdan (ZP) vertagt
sich das Haus von neuem.

Persönlich bemerkt:
Heine (ZD.): Damit auch das Haus die Akten des
Breslauer Falles kennen lernen kann, lege ich sie hier nieder.
(Sehr gut! bei den Soz.)

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen
Beratung.)

Schluß 5 Uhr.

bandes in seinen Spalten abzulagern pflegt, „Stipendiat des
Reichsverbandes“ genannt. Redakteur und Verleger des
betreffenden Blättchens hatten sich dadurch beleidigt gefühlt
und den Verantwortlichen der „Volksstimme“ verklagt. Sie
hatten auch die Genugtuung, ihn zu 50 Mk. oder 10 Tagen
Gefängnis verurteilt zu sehen.

Die Majestät ist wieder einmal beleidigt. Der oft
wegen Diebstahls, Obdachlosigkeit und auch einmal wegen
Majestätsbeleidigung bestrafte Tagelöhner Wilhelm Maus
von Köln ist wiederum der Majestätsbeleidigung beschuldigt.
Er erklärte, daß er gegen den deutschen Kaiser nichts habe;
als er geschlossen abgeführt wurde, soll er gerufen haben,
daß hat der Kaiser eingeführt und andere grobe Redensarten
mehr. Maus erklärte, betrunken gewesen zu sein. Die
Schutzleute, die ihn arretierten, behaupten entschieden das
Gegenteil. Die Kölner Strafkammer verurteilte den Ange-
klagten zu vier Monaten Gefängnis ein; Monat gilt durch
die Untersuchungshaft als verbüßt.

Aus Nah und Fern.

Terrorismus gegen Sozialdemokraten. In dem unter
fränkischen Orte Sommerhausen wurden bei
der letzten Reichstagswahl neben 219 Bauernbündlerischen
auch 19 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, was die
Bauernbündler sehr erboste. Man wußte ganz genau, wer
sozialdemokratisch gewählt hatte, da die Sozialdemokraten
ihre Stimmzettel von zu Hause mitgebracht hatten, während
die Bauernbündler die ihrigen nur am Wahllokale verteilten.
Abends in der Wirtschaft wurden die Sozialdemokraten
hergenommen. Zuletzt wurde einer, der Maurer Diefel, mit den
Fäusten bearbeitet, der Nachwächter schlug sogar mit dem
Stock auf ihn ein. Das Landgericht Würzburg verurteilte
zwei Täter zu je 3 Mk. und den schlagfertigen Ordnungswächter
zu 10 Mk. Geldstrafe. Wahrlich eine großartige
Sühne! Der Reichsverband sei auf diesen Fall von Terror-
ismus besonders aufmerksam gemacht.

**Umschuldung Polizeireisen aus der Stadt der Hallenser,
Salunken und Halloren.** In der letzten Stadtverordneten-
sitzung zu Halle wurden von dem Stadtverordneten Genossen
Thiele die nicht endenwollenden Polizeireisen wieder ein-
mal aufgerollt. Vor acht Tagen seien vor dem Landgericht
erhebliche Polizeibrutalitäten festgestellt und in der letzten
Strafkammerprüfung sei ein früherer Kriminalbeamter wegen
Urkundenfälschung mit 9 Monaten Gefängnis bestraft worden.
In Halle liefen Beamte in der Freiheit umher, die Gehalt
bekämen und der Stadt Geld kosteten, die aber ganz wo
anders, als in die Freiheit gehörten. Der Erste Bürger-
meister Dr. Rinn entgegnete, es gäbe in Halle Beamte, die
ihre Pflichten verabsäumt haben, keinen Dienst tun und Ge-
halt beziehen, und gewiß könne sich die Bürgererschaft mächtig
darauf ärgern. Daran sei aber nicht der Magistrat schuld.
Das Oberverwaltungsgericht in Berlin habe neulich sogar
entschieden, einen solchen Beamten wieder Dienst tun zu
lassen. Darüber müsse man sich mit Herrn Thiele stark
wundern. Mit einem anderen Beamten, der eben-
falls keinen Dienst tut und Geld bekommt, beschäftigt
sich das Oberverwaltungsgericht schon seit März 1906;
jetzt schreiben wir April 1907 und noch haben wir keine
Ankunft über den Fall erhalten. Das sind gewissermaßen
„Justizmängel“. Dann sagte das Stadtoberhaupt: „Ich be-
absichtige, mich darüber beim Justizminister zu beschweren;
aber glaubt man denn, daß es eine Wirkung hat, wenn sich
ein Magistrat in Halle bei dem preussischen Justizminister
beschwert?“ In derselben Sitzung beschwerte sich auch der
bürgerliche Stadtverordnete Döhler über die häufigen Aus-
weisungen fremdländischer, besonders russischer Arbeiter,
die in Halle jahrelang tätig waren, friedliebende Arbeiter seien,
Steuern bezahlten und keine Politik trieben. Genosse Thiele
sagte hierzu, dies passiere in der Zeit des internationalen
Verkehrs und werde begangen von Deutschen, die in allen
Ländern umhertrieben und Standal machen. Der erste
Bürgermeister drückte sich um die Sache mit den Worten
herum: „Das ist eine reine Polizeianglegenheit, zu der ich
nichts nicht äußern kann. Bemerkten will ich aber, daß solche
Ausweisungen nicht ohne Mitwirkung der Regierung ge-
schehen.“ Gelegentlich eines anderen Angriffs sagte aber das
Stadtoberhaupt, Halle sei eine „gottbegnadete“ Stadt. Wer's
nicht glaubt, zahle einen Taler.

Wahr oder Wahrheit? Aus Nizza wird vom 19.
April gemeldet: Gestern sprach im belgischen Konsulat ein
Mann vor, der den Konsul zu sprechen wünschte. Auf eine
Frage des anwesenden Beamten, in welcher Angelegenheit er
käme, zog der Fremde einen Revolver und feuerte drei
Schüsse auf den Beamten ab, ohne jedoch zu treffen. Es
gelang ihm dann, in das Nebenzimmer einzudringen, wo sich
der Konsul selbst aufhielt. Auch auf diesen gab er drei
Schüsse ab, wieder ohne zu treffen. Bei der Verhaftung des
Fremden stellte es sich heraus, daß man es mit dem belgischen
Anarchisten van Loo zu tun hatte, der vor Jahren einmal
eine kleine Unterstüßung vom Konsul erhalten hatte.

Erdbeben, Tsunami und Vulkanausbruch. Ein Tele-
gramm aus Vera Cruz berichtet, daß eine große Flut-
welle die Küste von Mexiko überflutet und enormen
Schaden angerichtet hat. Die Stadt Acapulco ist teil-
weise unter Wasser gesetzt, der Eisenbahnverkehr im Westen
und Süden ist gestört. Zum letzten Erdbeben wird noch
berichtet: Der Vulkan Conlia befindet sich in voller
Tätigkeit und wirft Lava und Asche aus. Nach den letzten
Nachrichten sind 12 Städte und Ortschaften zerstört worden.
Die Zahl der Opfer wird nunmehr auf über 100 angegeben.
Die Meldungen über den Umfang der Katastrophe laufen
insolge der Störung der Telegraphen- und Eisenbahnlinien
nur spärlich ein. In Chilapa sind 14 Personen unter
den Trümmern eines Hauses tot hervorgeholt worden, 39
waren verletzt. In Tzila wurden gleichfalls 12 Tote ge-
borgen. 29 Schwerverletzte werden unter freiem Himmel
verplegt. In Chilpancingo sind 12 Personen getötet
und 39 schwer verletzt worden.

In Anila wurden am 19. April früh zwei hef-
tige Erdbebenstöße verspürt. Soweit Berichte vor-
liegen, ist kein Schaden entstanden. Nach einer Meldung des
„Eim“ aus Lima ist der Vulkan Huayhuasi in Chile
noch in lebhafter Ausbruchstätigkeit. Neue
Krater haben sich geöffnet. Der Schaden in der um-
gebenden Landschaft ist ungeheuer. Fortdauernd geht
ein heißer Aschenregen nieder und erfolgen immer
wieder neue Erdstöße, die von Explosionsvorgängen unter
der Oberfläche begleitet zu sein scheinen. Mehrere Bäche,
die Trinkwasser führten, sind trocken geworden. In der
Nacht vom 18. zum 19. April wurden wiederum
zwei große Fernbeben von den Instrumenten
des geodätischen Instituts in Potsdam auf-
gezeichnet. Der Anfang des ersten Bebens wurde
abends 10 Uhr 15 Minuten verzeichnet, das zweite
Freitag früh um 1 Uhr 6 Min. Die gemessene Bodenbewe-
gung in Potsdam betrug 1/2 mm. Der Erdbebenherd be-
findet sich in einer Entfernung von 10 000 Kilometern. Beide
Beben scheinen demselben Herde anzugehören. — Nach einer
telegraphischen Meldung hat am Karfreitag in der
Südsee ein schwerer Tsunami die nordöstlich der
Nordcarolinern gelegenen Luthinseln berührt und
schwere Verwüstungen angerichtet. 230 von 800 Ein-

geborenen sind tot. Die Kokospalmenbestände sind ver-
nichtet worden. Nahrungsmangel ist zu befürchten. Das
Vernehmungsschiff „Planet“ hat sich, durch einen wackeren
japanischen Schoner benachrichtigt, sofort an Ort und Stelle
begeben, um Hilfe und Nahrung zu bringen. Auch der Post-
dampfer „Germania“ der Salut-Gesellschaft hat sich zur
Verfügung gestellt, um möglichst viele Eingeborene nach den
Palauinseln und den Marjanen überzuführen.

Ein Feuer, das noch weiter wütet, hat die Ort-
schaft Flo-Flo zerstört, wozu 200 000 Personen
obdachlos geworden sind. Aus verschiedenen Teilen der
Philippinen wird berichtet, daß auch dort heftige Erd-
stöße verspürt worden sind. Zahlreiche Gebäude
wurden zerstört.

Gefälschte Banknoten. Wie der „Gaz“ berichtet, sind die
österreichischen Behörden auf einen merkwürdigen, offenbar in
Rußland verfertigten Banknotenfabrikanten aufmerksam gemacht
worden. Der Wechselstubenbesitzer Gibenschlitz in Krakau hat
angezeigt, daß er einige Duzend Dreierbillscheine aus dem
Jahre 1898 eingewechselt und erst später bemerkt habe, daß
sie bereits eingezogen gewesen seien. Alle diese Scheine wies-
sen an irgend einer Stelle eine kaum sichtbare Unterfälschung
mit dünnem Banknotenletpapier auf. Der Betrug hängt
mit der Art der Entwertung bei der Einziehung der Noten
zusammen. Es unterließ die sonst übliche Verbrennung der
eingezogenen Noten, und die russische Regierung verfügte
bloß eine Durchlöcherung. In jeder einzelnen Banknote
wurde ein kleines, kreisrundes, aber nicht vollständig ge-
schlossenes Loch geschlagen, so daß das ausgeschlagene Stück
der Note von dem übrigen Papier nicht ganz losgelöst war.
Unbekannte Personen bemächtigten sich der so entwerteten
Noten, und der kleine, an dem Papier noch hängende Faden
wurde mit dem Klebepapier festgemacht, so daß nur bei sehr
genauer Besichtigung der Fäden zu sehen ist. Aber selbst
die Entdeckung dieser Verletzung an einer einzelnen Note
war nicht geeignet, sofort Verdacht zu erregen, da ja „ge-
fälschte“ Banknoten sehr häufig im Umlauf sind. Erst die
Menge der bei ihm eingewechselten Noten dieser Art erregte
bei dem Wechselstubenbesitzer Gibenschlitz den Verdacht, daß
eine Wiederherstellung von bereits eingezogenen Noten vor-
liegen könne. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß
der Betrug in ziemlich ausgedehnter Maße verübt worden
ist, und es den Tätern gelungen ist, größere Mengen solcher
Dreierbillscheine in Rußland, Deutschland und Österreich
wieder in Verkehr zu bringen.

Ein Dampferunglück auf der Nawa.

Der Dampfer „Archangel“, ein altes Schiff,
das die Überführung von Passagieren zwischen beiden
Nawa-Ufern Petersburgs vermittelt, ist Sonnabend in
später Abendstunde untergegangen. Ungefähr acht-
zig Personen hatten den Dampfer, der trotz
der treibenden Eisschollen hinüberfuhr, bestiegen; zu-
meist waren es Arbeiter, die nach Hause wollten. Als
das Schiff in der Mitte des Flusses war, stieß es mit
einer großen Eisscholle zusammen und sank sofort.
Die Rettung kam zu spät. Nur 15 Personen
konnten gerettet werden, da der starke Eisgang
und die schnelle Strömung, sowie die Dunkelheit die
Rettungsarbeiten erschwerten. Bis jetzt sind 2 Leichen
geborgen worden.

Literarisches.

Die erste diesjährige Mai-Nummer des „Wahren
Jacob“ ist soeben erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen
wir die farbigen Bilder „Am 1. Mai“ und „Der Gaurifan-
kar des Kapitalismus“, sowie die weiteren Illustrationen
„Schwarzenmayers Wonnebaum“, „Groß-Neederei“, „Die
Nachbarn“, „Der verhaftete Sänger“, „Denkzug auf der
Afrikafahrt“, „Kritische Situation“ und „In gehobener Stel-
lung“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte
„Der erste Mai“, „Wer wird's werden?“, „Frühling“, „Der
Kampf der Jahrtausende“, Zyklus von Paul Enderling,
„Die Friedenskonferenz von Max Hoffmann“, „Zeichen und
Wunder“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die
größeren satirischen Feuilletons „Was er träumte“ und „Die
Politik der Unmündigen“. Der Preis der 12 Seiten starken
Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der
Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns
soeben Nr. 8 des 17. Jahrgangs zugegangen. Aus dem In-
halt dieser Nummer heben wir hervor: Ignaz Auer. —
Antrag der deutschen Genossinnen zur Tagesordnung des
Internationalen Kongresses zu Stuttgart. — Ausprägungen
und Arbeiterinneninteresse. Von W. D. — Das Leben einer
Idealistin. Von Anna Bloß. (Schluß.) — Die Bekämpfung
der Säuglingssterblichkeit. Von G. Wurm. — Die Frau im
Aufschrei der Konsumvereine. Von Marg. Häfner. —
Die Dienstbotennot und ihre Ursachen. Von W. Eisenstadt-
Berlin. — Vom holländischen Arbeiterschutzgesetz. Von W.
Wibant. — Fürsorgeziehung in einem „Kulturstaat“. Von
Carl Marchionini. — Zur Lage der Arbeiterinnen in Zeit
und Umgegend. Von A. G. — Aus der Bewegung: Von
der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht
der Vertrauensperson der Genossinnen Mannheims. — Die
Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. —
Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche
Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. M.
— Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. —
Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbe-
wegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Vertichtigung.
— Feuilleton: Frühlingsschöpfung. Von Gottfried Keller.
(Gedicht.) — Ein Stellbichem. Von Iwan Turgenjef.
(Schluß.) Für unsere Kinder: Morgenrot. Von
Hans Sachs. (Gedicht.) — Der erste Mai. Von Heiland.
— Schwalbenmärchen. Von Ferdinand Freiligrath. (Gedicht.)
— Wie der Simplicissimus sich mit Gold panzerie und eine
Wallfahrt auf Erben machte. Von A. Fendrich. — Auf der
Eisenbahn. Von Berthold Sigismund. (Gedicht.) — Der
Fuhrmann. Von Ernst Almsloh. — Der Zwerg Rafe. Von
Wilhelm Hauff. (Fortsetzung.) — Der Störche Wiederkehr.
Von Rudolf Löwenstein. (Gedicht.) — Die Abenteuer des
Herrn Frosch. Von Hebe. Die „Gleichheit“ erscheint alle
14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post
bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne
Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabome-
ment 2,60 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schönbach, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volks-
boten“ in den Kreisen des wert-
tätigen Volkes weite Verbreitung
und genügende Beachtung. Wer
auf Erfolg rechnet, inseriere im
„Lübecker Volksboten“.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Verbreiter der Reichsverbandslügen fühlt sich
beleidigt. Die „Märkische Volksstimme“ hatte ein bürger-
liches Blatt, das die verlogenen Nachrichten des Reichsver-